

*u<sup>b</sup>*

---

<sup>b</sup>  
UNIVERSITÄT  
BERN

INTERDISZIPLINÄRES ZENTRUM FÜR  
GESCHLECHTERFORSCHUNG

Frühling 2010

#16

# genderstudies



### EDITORIAL

<b>Politik und Gender</b>	1
---------------------------	---

### PORTRAIT

<b>Sport und Gender</b>	2
Ein Portrait der Sportsoziologin Sandra Günter	

### SCHWERPUNKT

#### POLITIK UND GENDER

<b>Politik und Geschlecht: Ein Forschungsfeld auch in der Schweiz</b>	3
Ein Überblick zur Forschung über Politik und Gender in der Schweiz	
<b>Kleines Land – grosse Unterschiede</b>	5
Die politische Teilhabe von Frauen in den Kantonen	
<b>Föderalismus als Stolperstein?</b>	7
Zur Umsetzung des UNO-Frauenrechtsübereinkommens in den Kantonen	

### AKTUELL

#### WIDE-SEMINAR

<b>Ein Quantensprung für die Gleichstellungspolitik</b>	9
Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing	

#### ÖFFENTLICHE RINGVORLESUNG

<b>Transnationaler Feminismus</b>	11
Historische Entwicklungen und aktuelle Debatten	

#### MA MINOR IN GENDER STUDIES

<b>Ich studiere Gender Studies!</b>	13
Ein Student berichtet über seine Studienwahl	

### FORSCHUNG

#### GENDER STUDIES

<b>Die Rolle von Geschlechterstereotypen in der Politik</b>	14
Der Einfluss von und Umgang mit Stereotypen in der Politik	

### LEHRVERANSTALTUNGEN

<b>Lehre Universität Bern</b>	15
Diverse Institute	
<b>Lehre Universität Fribourg</b>	23
Diverse Institute	

### VERANSTALTUNGEN

#### INTERNATIONAL SUMMERSCHOOL

<b>"Gender and Politics – Gendered Politics"</b>	25
14.-18. Juni 2010 in Bern	

### DIVERSES

#### RÄTSEL

<b>Höchstmass an Delegationskompetenz</b>	27
Wessen Arbeitsplatz ist hier abgebildet?	

#### REZENSION

<b>Der Kampf um gleiche Rechte</b>	28
Schweizerischer Verband für Frauenrechte (Hrsg.)	

#### PUBLIKATIONEN

<b>Gender Geographien</b> Doris Wastl-Walter	29
<b>Rechte fordern: Schweizer Frauenorganisationen zwischen Feminismus und Menschenrechten 1990-2005</b> Claudia Michel	

### IMPRESSUM

---

HERAUSGEBERIN Interdisziplinäres Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Bern

IZFG, Hallerstrasse 12, 3012 Bern, [www.izfg.unibe.ch](http://www.izfg.unibe.ch)

REDAKTION Fabienne Amlinger, Lilian Fankhauser, Monika Hofmann

LAYOUT Monika Hofmann

GESTALTUNG grafikwerkstatt upart, blau, Bern

DRUCK Vetter Druck AG, Thun

AUFLAGE 1000 Exemplare PAPIER PlanoJet, FSC-zertifiziert

## Politik und Gender

I Fabienne Amlinger, IZFG

Liebe Leserin, lieber Leser

Aus feministischer Perspektive weckt der Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe von *genderstudies* "Politik und Gender" nicht nur positive Assoziationen. So erinnert das Thema im schweizerischen Kontext beispielsweise an den skandalösen Umstand, dass Frauen erst seit weniger als 40 Jahren an der eidgenössischen Politik partizipieren können. Bis 1971 blieb ihnen das Stimmen und Wählen sowie der Einsitz in die nationale Politik verwehrt – ganz zu schweigen vom noch länger andauernden politischen Ausschluss in einigen Kantonen. Bis heute sind denn auch Frauen sowohl in der eidgenössischen wie in den kantonalen Legislativ- und Exekutivbehörden untervertreten. Allerdings variieren die Differenzen des Frauenanteils zwischen den Kantonsparlamenten beträchtlich. Mit den Faktoren, die diese unterschiedliche Repräsentation der Frauen in kantonalen Parlamenten beeinflussen, beschäftigt sich der Politologe Yvan Rielle auf den Seiten 5-6.

Mit "Politik und Gender" wählt *genderstudies* ein Thema, das von grossem politischem, aber auch von nicht minderem wissenschaftlichem Interesse ist. In ihrem Artikel über das schweizerische Forschungsfeld zu Politik und Geschlecht zeichnet die Genfer Politikologieprofessorin Thanh-Huyen Ballmer-Cao die zentralen Tendenzen in der Auseinandersetzung mit dem Gegenstand nach. So konzentrieren sich die ForscherInnen einerseits stark auf die Wechselwirkungen von nationaler und internationaler Politik in der Gleichstellungsthematik. Andererseits lässt sich ein anhaltendes wissenschaftliches Interesse an der Bedeutung politischer Institutionen für die Partizipation von Frauen sowie für die Gleichstellungspolitik konstatieren (S. 3-4). An Ersteres schliesst der Artikel von Kathrin Arioli, der Leiterin der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich, an (S. 7-8). Arioli veranschaulicht darin die Probleme und Hindernisse bei der Umsetzung des UNO-Frauenrechtsübereinkommens in den Kantonen. Eine durchgezogene Bilanz bezüglich der Umsetzung von internationalen gleichstellungspolitischen Massnahmen zieht die Geschäftsführerin der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen (EKF), Elisabeth Keller. Im Interview äussert sie sich zum Aktionsplan der Schweiz, der im Anschluss an die Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing erarbeitet wurde (S. 9-10).

Das Bundeshaus in Bern – als architektonischer Inbegriff für Politik in der Schweiz – diente dem aktuellen



Bild 2, Serie "Bundeshaus"

Heft zur Illustration. Monika Hofmann, Hilfsassistentin am IZFG, hat sich mit der Kamera auf die Suche nach bekannten aber auch versteckteren Motiven durch die langen Gänge und vielen Zimmer des Parlamentsgebäudes gemacht.

### Neu in *genderstudies*!

Mit der aktuellen Ausgabe erscheinen in unserer Zeitschrift zwei zusätzliche Rubriken: Ein Student oder eine Studentin beantworten die Frage, warum sie sich im Rahmen ihres Studiums mit Geschlechterfragen auseinandersetzen. Dabei schildern die Befragten ihre Motivation für die Studienwahl, erläutern ihre Schwerpunktsetzung innerhalb der Gender Studies und thematisieren Vorteile oder mögliche Schwierigkeiten dieses Studienfaches. In der ebenfalls neuen Rubrik "Wer arbeitet da?" mutmassen ein Theaterwissenschaftler und eine Historikerin über einen abgebildeten Arbeitsplatz. Was sagt das Bild über die an diesem Platz ausgeübte Tätigkeit aus und wer mag sich an diesem Arbeitsplatz aufhalten? Was eröffnet sich bei der Betrachtung aus einer Genderperspektive? Die Auflösung befindet sich jeweils auf der hintersten Seite der Zeitschrift.

Ihnen wünsche ich nun eine gute Lektüre und viel Spass beim Miträtseeln!

## Sport und Gender – Ein Portrait der Sportsoziologin Sandra Günter

Mit den Forschungsschwerpunkten Körper- und Bewegungssoziologie und Geschlechterkonstruktionen im Sport, pflegt Assistenzprofessorin Sandra Günter ein eher marginales Gebiet der Sportwissenschaften.

I Monika Hofmann\*



Seit April 2009 sind die Gender Studies auch am Institut für Sportwissenschaft der Universität Bern vertreten. Dr. phil. Sandra Günter, deren Lehre die Schwerpunkte Sportsoziologie, Körpersoziologie, Gender Studies und qualitative Sozialforschung umfasst, ist seit verganginem Frühjahr Assistenzprofessorin an diesem – der philosophisch-humanwissenschaftlichen Fakultät angegliederten – Institut. Neben den akademischen Funktionen der Studierendenbetreuung und des Lehrauftrags von vier Semesterwochenstunden, hat sie während vier Jahren die Möglichkeit, an der Universität Bern ihre Habilitation abzuschliessen. Der Arbeitstitel ihres Forschungsprojektes lautet "Deviantante Körper". Dabei erforscht Günter aktuelle nationale und internationale Diskurse über kranke, alte, fettleibige und süchtige Körper. Diese Körper, von der Norm abweichend und sozial unerwünscht, werden zum Risikofaktor der gesellschaftlichen Entwicklung stigmatisiert. Dagegen hat sportliche Körperbewegung als gesundheitsfördernde Massnahme vor dem Hintergrund der stetig steigenden Kosten der Krankheitsbekämpfung einen überaus hohen Stellenwert. Tabuisiert und marginalisiert werden hingegen die durch den Sport kaputten, süchtigen oder toten Körper. Günter arbeitet überwiegend qualitativ, diskursanalytisch und gendertheoretisch.

1970 in Bremen geboren, absolvierte sie dort die obligatorische Schule und das Gymnasium, um danach an der Universität Bremen Geschichts-, Sport- und Erziehungswissenschaft zu studieren und diese Fächer mit dem Lehramt abzuschliessen. Nach einer halbjährigen Lehrtätigkeit erhielt sie ein Stipendium und arbeitete von da an als Doktorandin an der Uni Bremen. 2002 promovierte sie zum Thema der sozialen Konstruktion von Geschlecht im Sport bei Prof. Dr. Gertrud Pfister und Prof. Dr. Harald Braun ab. Zusätzlich war Günter als Lehrerin tätig und erhielt nach acht Jahren Anstellung ein Sabbatjahr. Diese Auszeit nutzte die passionierte Seglerin um sich ihrer sportlichen Leidenschaft zu widmen und segeln zu gehen – alleine notabene!

Da der universitäre Mittelbau in Deutschland für eine Sportwissenschaftlerin zunehmend unattraktiv geworden war, bewarb sich Sandra Günter an der Universität Hamburg bei Prof. Dr. Gabriele Klein als wissenschaftliche Mitarbeiterin und entwarf dort ihr Habilitationsprojekt. Als sie ihre Habilitationsagenda entwickelt hatte, bewarb sie sich auf die Assistenzprofessur in Bern, welche sie nun innehat.

Auf die Frage, welche Sportarten sie bevorzuge, antwortet Günter kurzerhand: "Ziemlich alle Wassersportarten... aber eher auf, als im Wasser!" Auch auf der Aare war sie bereits Kanu fahren.

Das Interesse an Geschlechterforschung entstand, als ihr Doktorvater Prof. Dr. Harald Braun – der zur Turngeschichte forschte – sie aufforderte, sich dem Gebiet des Frauenturnens zu widmen. Dass Frauen turnen, ist eine späte Erscheinung in der Sportgeschichte; erst Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts begannen Frauen, in der Öffentlichkeit für dieses Anliegen einzustehen. Vor dessen zögerlichen Anfängen war ihr radikaler Ausschluss die Norm. Gerechtfertigt wurde dies hauptsächlich mit konstruktivistischen und biologistischen Pauschalschlägen: Die Gebärfähigkeit, die damals als Hauptaufgabe im Leben einer Frau gesehen wurde, würde durch sportliche Betätigung beeinträchtigt, wenn nicht gar arg beschädigt; der weibliche Körper sei nicht so gebaut, dass er sportliche Leistung erbringen könne; Frauen würden durch den Sport vermännlicht; etc. Mit der Unterstützung von "Turnvätern" – oft Männer, die sich für das Turnen ihrer Töchter stark machten – mussten sich die Frauen dieses 'Recht' mühsam erkämpfen.

Durch die Beschäftigung mit diesem Themengebiet kam Günter zu den Gender Studies und integrierte die Erkenntnisse und Methoden der Geschlechterforschung in ihre eigenen Fragestellungen. Laut Günter, die sich neben der Geschichte des Sports auch sonst auf breitem Gebiet kulturell interessiert – Literatur, Theater und Reisen sind die spontan erstgenannten Hobbies –, ist bei den Studierenden das Interesse an Gender Studies recht gross. Stärker interessiert sind vor allem diejenigen, die von Beginn an Schwerpunkte auf soziologische und qualitative Fragestellungen legen.

Sandra Günter engagiert sich zudem in der neu gegründeten Graduate School Gender Studies. Sie ist als Vertreterin der phil.-hum. Fakultät Mitglied des Leitungsgremiums.

\*Monika Hofmann studiert im MA Germanistik an der Universität Bern und Gender Studies an der Universität Basel. Sie ist Hilfsassistentin am IZFG

## Politik und Geschlecht: Ein Forschungsfeld auch in der Schweiz

I Thanh-Huyen Ballmer-Cao\*

Etwas überspitzt formuliert zeichnet sich die Forschung zu Politik und Geschlecht in der Schweiz durch zwei zentrale Tendenzen aus: Eine Entwicklung, die parallel zu dem verläuft, was sich ausserhalb der Landesgrenzen tut, und ein ungebrochenes Interesse für die politischen Institutionen. Natürlich sind das lediglich Tendenzen, deren vielfältige Ursachen und Auswirkungen sich vermischen. Dennoch ist es kein Zufall, dass sich in der vorliegenden Ausgabe der Zeitschrift *genderstudies* zu Politik und Geschlecht in der Schweiz drei Beiträge finden, von denen der eine die Repräsentation von Frauen in kantonalen Parlamenten (Beitrag von Yvan Rielle, S. 5/6) und zwei andere die Umsetzung internationaler Gleichstellungsnormen in den Kantonen (Beitrag von Kathrin Arioli, S. 7/8) respektive auf Bundesebene (Interview mit Elisabeth Keller, S. 9/10) thematisieren.

### Fit für das internationale Parkett

Die Globalisierung der Gleichstellungsproblematik, die sich seit den 70er Jahren im Zusammenhang mit dem starken Engagement der internationalen Organisationen für dieses Thema vollzieht, bildet Anstoss und Ausgangspunkt für die Forschung im Bereich Politik und Geschlecht in vielen Ländern. Trotz ihres späten Beitritts zur UNO hat sich die Schweiz wie zahlreiche andere Staaten den Zielen der Weltfrauenkonferenzen<sup>1</sup> angeschlossen. Nicht nur die verabschiedeten Resolutionen und Aktionspläne, sondern bereits die Vorbereitung der Konferenzen haben zu verschiedenen Studien geführt. Beispielsweise wurden in der Bestandesaufnahme zur Stellung der Frau in der Gesellschaft<sup>2</sup> folgerichtig Fragen zum politischen Engagement der Staatsbürgerinnen, zu ihrem Wahl- und Abstimmungsverhalten oder ihren politischen Einstellungen und Werten gestellt. Sehr rasch wandte sich das Interesse auch den gewählten Frauen, namentlich ihrem Profil und ihren Aktivitäten zu.<sup>3</sup> Auch die von den Weltfrauenkonferenzen verlangten Staatsreformen mit dem Ziel einer nicht diskriminierenden Rechtsordnung oder die Schaffung von staatlichen Gleichstellungsorganen waren Anstoss für die Forschung. So wurden beispielsweise die Einführung des Verfassungsartikels "Gleiche Rechte für Mann und Frau" oder die Entstehung der Gleichstellungsbüros in der Schweiz untersucht. In jüngerer Zeit waren die Folgearbeiten zu den Resolutionen und Aktionsplänen nicht nur Gegenstand von Staatenberichten, sondern auch von kritischeren Untersuchungen seitens zivilgesellschaftlicher Organisationen.<sup>4</sup>

Fit zu sein für das internationale Parkett bedeutet allerdings nicht, sich bloss einer "ferngesteuerten Entwicklung" zu unterziehen. Vielmehr geht es um eine gegenseitige Befruchtung: Impulse von aussen müssen, vor allem dann, wenn sie zu Veränderungen im Innern führen sollen, expliziert werden. Einerseits setzt der nationale Kontext den struktu-

rellen Rahmen, innerhalb dessen die Agierenden ihre Strategien entwickeln. So wurde etwa die Einführung des Grundsatzes der Nicht-Diskriminierung unter den Bedingungen der direkten Demokratie untersucht<sup>5</sup> oder die Verbreitung der staatlichen Gleichstellungsstellen in den Kantonen unter dem Blickwinkel des Föderalismus. Andererseits eröffnen die nationalen Systeme sehr unterschiedliche Opportunitätsstrukturen. Wie Untersuchungen zeigen, hat das lange Zeit fehlende Frauenstimmrecht in der Schweiz, von aussen betrachtet ein "Kuriosum", den politischen Behörden nach dessen Einführung 1971 ironischerweise als Legitimation gedient, den Rückstand aufzuholen und den "Sonderfall Schweiz" zu normalisieren.

### Ungebrochenes Interesse für die Institutionen

Die grosse Bedeutung der politischen Institutionen in den Studien zu Politik und Geschlecht in der Schweiz zeigt sich am deutlichsten im anhaltenden Interesse für den Zugang der Frauen zu Entscheidungsorganen einerseits und für die Gleichstellungspolitik anderseits.



Bild 3, Serie "Bundeshaus"

Die Wahl der Frauen ins Parlament – ein seit Jahrzehnten bevorzugter Forschungsgegenstand in mehreren Ländern – ist in der Schweiz besonders beliebt, was sich sowohl in der Vielzahl der AutorInnen, der Vielfalt der Themen als auch der zunehmenden Professionalisierung der Ansätze niederschlägt. Tatsächlich interessieren sich offenbar mehrere Generationen von Forscherinnen und Forschern für die politische Repräsentation der Frauen. Nicht nur Bücher und Artikel wurden dazu publiziert, sondern an verschiedenen Universitäten auch Lizentiatsarbeiten, Dissertationen und Magisterarbeiten verfasst. Die Forschungsthemen sind breit gestreut: Partizipation und Präferenzen

der Wählerinnen, Medienpräsenz der Kandidatinnen,<sup>6</sup> ihre WählerInnenbasis und vor allem ihre Rekrutierung durch Parteien usw. Natürlich geht es nicht einfach darum, die Politikerinnen zu zählen, sondern vor allem darum, die Voraussetzungen für ihren Zugang zur politischen Macht zu erfassen und zu vergleichen. Bei diesem Thema stehen vor allem institutionelle Determinanten im Vordergrund, etwa der Föderalismus, die direkte Demokratie, das Milizsystem, der Wahlmodus oder Fördermassnahmen, insbesondere Quoten.

Ist dieses ungebrochene Interesse für die Institutionen etwa als Nebenwirkung der verspäteten Einführung des Frauenstimmrechts zu sehen? Die Frage ist offen, aber auf jeden Fall hat der lange Kampf der Frauen für ihre politischen Rechte das Interesse auf sich gezogen.<sup>7</sup> Im Übrigen braucht es weitere Forschungen, um den komplexen Einfluss der Institutionen zu erklären. Auch wenn heute davon ausgegangen wird, dass Institutionen vergeschlechtlicht sind, stellen sich weitere Fragen. So bleibt in der Schweiz zum Beispiel die Wahlbeteiligung von Frauen weiterhin niedriger als die von Männern, während sie sich in andern Ländern angleicht. Der Einfluss der Proporzwahl, die bekanntlich «frauenfreundlicher» ist als die Majorzwahl, muss angesichts der steigenden Zahl der bei den letzten Wahlgängen in den Ständerat (nach dem Majorzsystem) gewählten Frauen hinterfragt werden.<sup>8</sup> Die vielfältigen Rekrutierungsmodi der Kandidatinnen und Kandidaten bereitet den ForscherInnen in der Schweiz weiterhin Kopfzerbrechen, weil die Parteienlandschaft, genau wie das politische System, stark föderalistisch organisiert ist.

Im Zeitalter des "Staatsfeminismus" wird auch der Gleichstellungspolitik in der Schweiz viel Beachtung geschenkt.<sup>9</sup> Von Interesse sind besonders soziale Themen, die seit langem umkämpft sind: Reproduktive Gesundheit, Mutterschaftsurlaub, Rentenalter, Kinderbetreuung usw. In der Schweiz, wie anderswo, braucht es politische Koalitionen – typischerweise bestehend aus staatlichen Gleichstellungsorganen, feministischen oder zumindest frauenbewegten Mandatsträgerinnen und vom Thema betroffenen Frauenorganisationen, um die Gleichstellung voranzubringen.

Gleichzeitig müssen Einflüsse aus dem Ausland beachtet werden. Nachdem die Schweiz 1997 die Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau ratifiziert hatte, sprach sie sich 1999 im Anschluss an die Weltfrauenkonferenz von Beijing 1995 für einen Aktionsplan sowie das Gender Mainstreaming<sup>10</sup> aus. Staatliche Massnahmen sind auf verschiedenen Gebieten zu erwarten, und die Reformen stellen ebenso wie ihre Grenzen ein breites und vielfältiges Forschungsfeld dar. In diesem Zusammenhang ist etwa auch ein verstärktes Interesse an Problemen wie Frauenhandel, Migrantinnen usw. festzustellen.

Die vorliegende Skizze hat sich im Wesentlichen darauf beschränkt, in grossen Zügen die Konturen der Studien zu Politik und Geschlecht in der Schweiz nachzuzeichnen. Trotzdem legt sie nahe, dass Geschlecht, als Machtverhältnis, dem Politischen inhärent ist. In diesem Sinne haben diese Untersuchungen nicht bloss den öffentlichen Bereich um die Frauen erweitert, sondern vielmehr das Geschlecht in der Politik beleuchtet.

<sup>1</sup>Weltfrauenkonferenzen in Mexico-City (1975), Kopenhagen (1980), Nairobi (1985) und Beijing (1995).

<sup>2</sup>Siehe Thomas Held und René Levy (1974). Die Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft: Eine Soziologische Analyse am Beispiel der Schweiz. Bern: Huber.

<sup>3</sup>Ballmer-Cao, Thanh-Huyen (1988). Le conservatisme politique féminin en Suisse: mythe ou réalité? Genève: Georg.

<sup>4</sup>Ballmer-Cao, Thanh-Huyen (2007). "Public Policies for Gender Equality". In: P. K. Kloeti Ulrich, Hanspeter Kriesi, Wolf Linder, Yannis Papadopoulos, Pascal Sciarini (eds.). Handbook of Swiss Politics. Zurich: Neue Zuercher Zeitung Publishing.

<sup>5</sup>Chaponnière-Grandjean, Martine (1983). Geschichte einer Initiative: Gleiche Rechte für Mann und Frau. Zürich, Genève: Verlagsgruppe Gleiche Rechte für Mann und Frau.

<sup>6</sup>Hardmeier Sibylle und Anita Klöti (2004). "Doing Gender in der Wahlkampfkommunikation? Eine Analyse zur Herstellung und Darstellung von Geschlecht im Rahmen der Presseberichterstattung zu den eidgenössischen Wahlen 2003". In: Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (ed.). Frauenfragen: 2.

<sup>7</sup>Hardmeier, Sibylle (1997). Frühe Frauenstimmrechtsbewegung in der Schweiz (1890-1930). Argumente, Strategien, Netzwerke und Gegenbewegung. Zürich: Chronos.

<sup>8</sup>Voegeli, Yvonne (1997). Zwischen Hausrat und Rathaus. Auseinandersetzungen um die politische Gleichberechtigung der Frauen in der Schweiz 1945-1971. Zürich: Chronos.

<sup>9</sup>Ballmer-Cao, Thanh-Huyen und Sarah Buetikofer (2007). "Le système majoritaire contre les femmes? Le cas de l'élection au Conseil des Etats en Suisse, 1971-2003". In: M. Tremblay, T.-H. Ballmer-Cao, B. Marques-Pereira, M. Sineau (eds.). Genre, citoyenneté et représentation. Lévis: Les Presses de l'Université de Laval.

<sup>10</sup>Senti, Martin (1994). Geschlecht als politischer Konflikt. Bern: Haupt.

<sup>10a</sup>Gender Mainstreaming ist eine international angewandte Strategie zur Umsetzung der Gleichstellung von Frau und Mann in allen Politikbereichen. Ziel von GM ist es, alle Projekte und Massnahmen einer Institution oder einer Abteilung so auszugestalten, dass sie Frauen und Männern gleichermaßen zugute kommen und die Gleichstellung der Geschlechter voranbringen". In: Gender Mainstreaming in der Bundesverwaltung, Pressemitteilung der Bundesbehörden, Juli 2004.

\*Prof. Dr. Thanh-Huyen Ballmer-Cao ist Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Genf



Bild 4, Serie "Bundeshaus"

## Kleines Land – grosse Unterschiede: Die politische Teilhabe von Frauen in den Kantonen

Frauen sind in allen Kantonsparlamenten untervertreten, aber nicht überall gleichermassen. Die Differenzen sind vor allem das Resultat räumlich unterschiedlicher Geschlechterkulturen.

I Yvan Rielle\*



Bild 5, Serie "Bundeshaus"

Genau wie in den Regierungen sind Frauen auch in den 26 kantonalen Parlamenten der Schweiz untervertreten. Während jedoch Basel-Stadt derzeit einen Frauenanteil von 37,0% und Baselland von 34,4% aufweisen, zeichnen sich das Tessin mit 11,1% oder Glarus mit 11,3% durch äusserst tiefe Frauenanteile aus. Diese grossen Unterschiede sind nicht einfach das Resultat zufälliger Schwankungen sondern seit Jahrzehnten stabil: So gehörten die beiden Basel stets zu den Kantonen mit den höchsten Frauenanteilen in den Parlamenten, während das Tessin und Glarus in der Kantonsrangliste von Anfang an hinterste Plätze belegten. Die geschlechtsspezifischen politischen Repräsentationsverhältnisse erweisen sich, so lässt sich daraus schliessen, in der Schweiz damit nicht nur als äusserst vielfältig, sondern auch als über die Zeit sehr beständig. Diese augenfällige und beharrliche Vielgestaltigkeit ruft nach Erklärungen und bildet den Ausgangspunkt meiner Dissertation.

Die vorwiegend quantitativ angelegte ländervergleichende Forschung nennt ganze Bündel von Faktoren, die sich angeblich auf die Frauenanteile in Parlamenten auswirken (z.B. Kenworthy/Malami 1999). Politisch-institutionelle Ansätze etwa gehen davon aus, dass die Ausgestaltung des politischen Systems die Repräsentation von Frauen beeinflusst und mutmassen, das Wahlsystem, das Parteiensystem oder das Alter des Frauenstimmrechts wirkten sich auf die Präsenz von Frauen aus. Sozialstrukturelle Studien dagegen nehmen an, dass die unterschiedlichen Positionen, die Männer und Frauen in der Sozialstruk-

tur einnehmen, ihre Repräsentation beeinflussen, weil sich die politischen Eliten vor allem aus hohen Bildungsschichten und bestimmten Berufsgruppen rekrutierten, und betonen deshalb die Bedeutung der Erwerbstätigkeit oder von Bildungsunterschieden. Überlegungen aus der Geschlechterforschung legen allerdings nahe, dass weniger solche Institutionen und Strukturen den Frauen den Zutritt zur Politik erschweren als vielmehr die männliche Prägung des Politischen an sich, die auf der geschlechtsspezifischen Zuweisung von öffentlichen und privaten Bereichen beruht: Männer verkörpern in der Politik die Norm, sie sind das Selbstverständliche und Fraglose – und Frauen hier nicht vorgesehen (Schöler-Macher 1994). Das heisst nicht, dass politische und sozialstrukturelle Faktoren für die Repräsentation bedeutungslos sind, sondern vielmehr, dass sich ihre Wirkung nicht losgelöst vom sozialen und kulturellen Kontext interpretieren lässt. Kulturelle Ansätze gehen denn auch davon aus, dass es räumlich unterschiedliche Geschlechterverhältnisse, also von Ort zu Ort verschiedene gesellschaftliche dominante Rollenbilder sind, die zu unterschiedlichen Repräsentationsverhältnissen führen. Deren Fundament liegt nach Pateman (2000) im Geschlechtervertrag begründet, der jenes Verhältnis zwischen Männern und Frauen festschreibt, das geschlechtsspezifische Ungleichheiten determiniert und sich gerade nicht auf einzelne Bereiche des Lebens beschränken lässt, sondern das Verhältnis zwischen Männern und Frauen als Ganzes durchdringt. Eingedenk dessen scheint wenig plausibel, dass die Logik hinter der Organisation von Geschlechterverhältnissen zwischen Institution und verschiedenen Lebensbereichen wechselt, wie dies politisch-institutionelle und sozialstrukturelle Ansätze vermuten lassen – was sich verändert, sind allenfalls seine Ausdrucksformen (Becker-Schmidt/Knapp 2000).

Ein Kantonsvergleich liefert Hinweise auf die herausragende Bedeutung solch kultureller Voraussetzungen für die politische Teilhabe von Frauen (Rielle 2007). Er beruht auf statistischen Analysen aller seit 1968 abgehaltenen kantonalen Parlamentswahlen und geht der Frage nach, welche Faktoren die grossen kantonalen Unterschiede zu erklären vermögen. Politisch-institutionelle Grössen, wie das Wahlsystem oder das Alter des Frauenstimmrechts, und sozialstrukturelle Faktoren, wie die weibliche Erwerbstätigkeit und geschlechtsspezifische Erwerbsmuster, liefern dabei zu keinem oder nur für einzelne Zeitpunkte



\*Yvan Rielle ist Politologe. Er war bis Sommer 2009 Assistent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern und arbeitet derzeit bei der Fachstelle für Gesundheitspolitik in Bern

Bild 6, Serie "Bundeshaus"

einen Erklärungsbeitrag. Von weit grösserer Bedeutung sind dagegen geschlechterkulturelle Unterschiede zwischen den Kantonen. "Geschlechterkultur" wird dabei verstanden als die Gesamtheit der in einer Gesellschaft dominierenden Normen, Werte und Leitbilder zum Verhältnis der Geschlechter und verkörpert das ideelle Fundament geschlechtsspezifischer Ungleichheiten (Pfau-Effinger 1998). Um sie einer statistischen Analyse zugänglich zu machen, wurden die Zustimmungsraten jedes Kantons zu gleichstellungsrelevanten eidgenössischen Volksabstimmungen indiziert (vgl. Bühler 2001). Die von Kanton zu Kanton bei all diesen Vorlagen höchst unterschiedlichen Zustimmungsraten widerspiegeln die geschlechterkulturelle Vielgestaltigkeit der Schweiz und verdeutlichen, dass Geschlecht nicht nur eine Geschichte hat, sondern auch eine Geographie (ebd.): Während etwa Basel-Stadt dem Frauenstimmrecht 1971 mit 82% zustimmte, lehnte es Glarus mit nur 41% Ja ab, und 1985 stimmte Genf mit 85% für einen Gleichstellungsartikel in der Verfassung, Schwyz mit 38% Ja aber dagegen.

Der Geschlechterkulturindex liefert hochsignifikante statistische Resultate und vermag die unterschiedlichen Frauenanteile von allen Faktoren am besten zu erklären. Ähnliche Werte erreichen nur zwei weitere Merkmale: Eine starke politische Linke und ein hoher Urbanisierungsgrad begünstigen hohe Frauenanteile in kantonalen Parlamenten. Allerdings sind beide statistisch eng mit der Geschlechterkultur verschränkt. Die vielfältigen geschlechtsspezifischen Repräsentationsverhältnisse in den Kantonen scheinen also in erster Linie das Ergebnis der (geschlechter)kulturellen Vielgestaltigkeit der Schweiz und weniger auf isolierbare institutionelle oder sozialstrukturelle Bedingungen zurückzuführen. Die enge Verschränkung (partei)politischer Kultur und siedlungsräumlicher Merkmale mit den dominanten geschlechterkulturellen Werthaltungen der Kantone scheint das Resultat einer kantonal verschieden starken "passion for equalities" zu sein, die ihren Ausdruck nicht nur in einem stärkeren Willen zur Gleichstellung, einer eher egalitären Geschlechterkultur findet, sondern sich auch in einem Parteiensystem widerspiegelt, in dem die politische Linke vergleichsweise stark ist.

Diese Befunde deuten an, dass anstelle weiterer quantitativer Vergleiche eher vertiefte Analysen der den Repräsentationsverhältnissen zugrunde liegenden geschlechterkulturellen Mechanismen einen Erkenntnisgewinn versprechen. Mit geeigneten qualitativen Methoden werde ich in meiner Dissertation deshalb im Weiteren der Frage nachgehen, wie sich räumlich spezifische Geschlechterkulturen auf die politische Teilhabe von Frauen auswirken. Lohnenswert scheint dabei, geschlechterkulturelle Normen und Leitbilder dort zu suchen, wo sie in politischen Karrieren manifest werden: Beim persönlichen Entscheid, in die Politik einzusteigen und für ein Amt zu kandidieren oder darauf zu verzichten (Selbstselektion), bei der Auswahl von politischem Personal und Kandidierenden durch Parteien (Parteiselektion) und beim Wahlentscheid der Wählenden.

#### LITERATUR

- Becker-Schmidt, R. und G.-A. Knapp (2000): *Feministische Theorie zur Einführung*. Hamburg, Junius.
- Bühler, E. (2001): "Zum Verhältnis von kulturellen Werten und gesellschaftlichen Strukturen in der Schweiz. Das Beispiel regionaler Gemeinsamkeiten und Differenzen der Geschlechterungleichheit", *Geographica Helvetica* 56 (2), 77-89.
- Kenworthy, L. and M. Malami (1999): "Gender Inequality in Political Representation: A Worldwide Comparative Analysis", *Social Forces*, 78, 235-268.
- Pateman, C. (2000): "Der brüderliche Gesellschaftsvertrag", in: Braun, K. et al. (Hrsg.). *Feministische Perspektiven der Politikwissenschaft*. München, Oldenburg.
- Pfau-Effinger, B. (1998): "Gender Cultures and the Gender Arrangement. A Theoretical Framework for Cross-National Gender Research", *Innovation: The European Journal of Social Sciences* 11 (2), 147-166.
- Rielle, Y. (2007): *Geschlechtsspezifische Repräsentationsverhältnisse in den Kantonen. Arbeitspapier für die Arbeitsgruppe Gender&Politik, Jahreskongress der SVPW*.
- Schöler-Macher, B. (1994): *Die Fremdheit der Politik. Erfahrungen von Frauen in Parteien und Parlamenten*. Weinheim, Deutscher Studienverlag.

## Föderalismus als Stolperstein?

Zur Umsetzung des UNO-Frauenrechtsübereinkommens in den Kantonen

Das UNO-Frauenrechtsübereinkommen verpflichtet nicht nur den Bund, sondern auch die Kantone und Gemeinden, die Verwirklichung der Gleichstellung von Frau und Mann voranzutreiben und leistet damit einen Beitrag zu einer wirksamen Gleichstellungspolitik. Allerdings hapert es in der Praxis noch sehr und die Kantone kommen ihren Verpflichtungen viel zu wenig nach.

I Kathrin Arioli\*

Am 18. Dezember 2009 jährt sich zum dreissigsten Mal die Verabschiedung der Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen. Die Schweiz ist dem Übereinkommen am 27. März 1997 beigetreten (SR 0.108). Das Übereinkommen verpflichtet die Staaten, jede Diskriminierung von Frauen zu unterbinden und Massnahmen zur Gleichstellung der Frau in allen Lebensbereichen, insbesondere im politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich zu ergreifen.

Die überragende Bedeutung von CEDAW liegt darin, dass die Konvention bewusst über die herkömmlichen Gleichheitsverbürgungen hinausgeht und "positive Massnahmen" zur Förderung von Frauen und aktive politische und rechtliche Schritte zur Gleichstellung der Geschlechter verlangt. Von besonderer Bedeutung ist der Artikel 4, der festhält, dass vorübergehende Sondermassnahmen zur Förderung der Geschlechtergleichstellung nicht als Diskriminierung gelten und dass diese fortgeführt werden sollen, bis die Ziele der Chancengleichheit und der Gleichbehandlung erreicht sind.

### Die Schweiz vor dem CEDAW-Ausschuss in New York

Das Übereinkommen trägt aus verschiedenen Gründen zu einer wirksamen Gleichstellungspolitik in der Schweiz bei. Das Übereinkommen verpflichtet Bundes-, Kantons- und Gemeindebehörden, Diskriminierungen von Frauen und Geschlechterrollenstereotype in allen Lebensbereichen mit konkreten Massnahmen zu bekämpfen. Die Umsetzung von CEDAW ist also eine rechtliche Bindung. Die konkreten Verpflichtungen des Übereinkommens erhöhen die Legitimität der Forderungen der Gleichstellungspolitik. Parlamentarierinnen und Parlamentarier, Regierungsmitglieder, Mitarbeitende der Verwaltungen auf Bundes-, kantonaler und kommunaler Ebene, aber auch Frauenorganisationen und Private können sich auf internationale Bestimmungen und Empfehlungen berufen. Das Kontrollsystem des Übereinkommens gibt der föderalistischen Schweiz die Möglichkeit, über eidgenössische und kantonale Kompetenzen hinweg die



Bild 7, Serie "Bundeshaus"

Wirksamkeit der getroffenen Massnahmen zu prüfen, Informationen auszutauschen und einen Dialog aufzubauen. Im Juli 2009 wurde der 3. Staatenbericht der Schweiz vom CEDAW-Ausschuss in New York begutachtet. Angehört wurden nebst der offiziellen Delegation auch verschiedene NGOs der Schweiz. Im August 2009 wurden die Schlussempfehlungen des CEDAW-Ausschusses an die Schweiz verabschiedet. Der Ausschuss zeigt sich besorgt angesichts der unterschiedlichen Umsetzung der Konvention in den Kantonen und Gemeinden und kritisiert denn auch den Hinweis des Bundes, die föderalistischen Strukturen erschwerten die rasche Umsetzung der Konvention. Er hält dem entgegen, dass die Regierung, d.h. der Bundesrat, schliesslich die Verantwortung übernehmen müsse für die vollständige Umsetzung der Pflichten, welche der Schweiz aus der Unterzeichnung der Konvention erwachse. An die Kantone, zu denen ich mich hier insbesondere äussern möchte, gingen u.a. die folgenden Empfehlungen:

### Einrichtung von Gleichstellungsfachstellen in allen Kantonen

Der Ausschuss empfiehlt die Einrichtung von Gleichstellungsfachstellen in allen Kantonen und regt die Schweiz dazu an, dafür zu sorgen, dass die bestehenden innerstaatlichen Mechanismen zur Frauenförderung die notwendige Weisungsbefugnis und Sichtbarkeit sowie die erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen erhalten, um die Geschlechtergleichstellung und die Frauenförderung auf allen Ebenen wirksam voranzubringen.

Hier besteht noch grosser Handlungsbedarf: Noch immer gibt es Kantone, die über keine Fachstelle für Gleichstellung verfügen, auf kommunaler Ebene sind es nur wenige Städte, die über eigene Kompetenz-

zentren für Gleichstellungsthemen verfügen. Ausserdem sind die Ressourcen, welche den bestehenden Stellen zur Verfügung stehen, marginal – im Kanton Zürich beispielsweise beträgt das Budget der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann 0.01% des gesamten budgetierten Aufwands des Kantons für das kommende Jahr.

### Bekämpfung von Stereotypen

Die Schweiz wird vom Ausschuss aufgefordert, ihre Bemühungen zu verstärken, stereotype Bilder und Einstellungen hinsichtlich der Rolle von Frauen und Männern in Familie und Gesellschaft zu beseitigen. Dies sollte u.a. koordinierte gesetzliche, politische und bewusstseinsbildende Massnahmen umfassen, die sich generell an Frauen und Männer richten. Insbesondere sollen gezielte Programme im Bildungswesen lanciert bzw. fortgeführt werden, die eine weitere Diversifizierung der Bildungsoptionen von Knaben und Mädchen und ein partnerschaftliches Familienmodell propagieren.

Wichtig ist hier insbesondere die Aufforderung des Ausschusses, die entsprechenden Massnahmen zu koordinieren. Chancen zur Koordination und damit zur Umsetzung der Massnahmen in den deutsch- und mehrsprachigen Kantonen ergeben sich beispielsweise im Lehrplan 21, in dem das Thema "Gleichstellung und Gender" als überfachliches Thema aufgenommen werden sollte.

### Diskriminierung von Migrantinnen

Der Ausschuss fordert die Schweiz auf, wirksame Massnahmen zu ergreifen, um die Diskriminierung von Migrantinnen ungeachtet ihres Herkunftslands zu beseitigen. Er ruft die Schweiz auf, proaktive Massnahmen zu ergreifen, darunter die Entwicklung gezielter Programme und Strategien, die Frauen über Bildungsmöglichkeiten, Gesundheits- und Sozialdienste, Ausbildung und Beschäftigung informieren und ihren Zugang zu erleichtern.

Besonders in diesem Bereich gibt es meines Erachtens noch sehr viel zu tun. So gibt es beispielsweise nur sehr wenige Integrationsprojekte, die sich ausdrücklich an die Zielgruppe "Frauen" richten. Die föderalistische Struktur der Schweiz führt dazu, dass es in den Kantonen keinen einheitlichen Mindest-Standard von Massnahmen zugunsten von besonders vulnerablen Gruppen von Frauen gibt.

Die Schweiz hat nun bis 2014 Zeit, ihren nächsten Bericht abzuliefern und darin zu dokumentieren, wie die Empfehlungen des CEDAW-Ausschusses umgesetzt wurden. Für die erfolgreiche Umsetzung sind insbesondere kantonale und kommunale Legislativen und Exekutiven herausgefordert, ihren Beitrag dazu zu leisten, dass der Schutz vor Diskriminierung und die Verwirklichung der Gleichstellung nicht regional und kantonal unterschiedlich ausfällt.



Bild 8, Serie "Bundeshaus"

<sup>1</sup>[www.humanrights.ch/home/upload/pdf/090820\\_Concl\\_obs\\_CEDAW.pdf](http://www.humanrights.ch/home/upload/pdf/090820_Concl_obs_CEDAW.pdf), deutsche Übersetzung der Empfehlungen auf: [www.eda.admin.ch/eda/de/home/topics/intla/humri/humtr/humrep/women.html](http://www.eda.admin.ch/eda/de/home/topics/intla/humri/humtr/humrep/women.html)

<sup>2</sup>Projekt Deutschweizer Lehrplan, vgl. [www.lehrplan.ch](http://www.lehrplan.ch)

<sup>3</sup>Ein Überblick findet sich auf der Projektdatenbank der Fachstelle für Integrationsfragen des Kantons Zürich: <http://www.idoc-integration.zh.ch>

### LITERATUR

Eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF (Hrsg.) (2009):

**Die UNO-Frauenrechtskonvention CEDAW: aktuelle Fragen. In: Frauenfragen 1/2009.**

Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG, Direktion für Völkerrecht DV und Politische Direktion PD, Politische Abteilung IV (Hrsg.) (2009):

**Von der Idee zur Tat – Das heisst CEDAW. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau. Bestellen: [www.bundespublikationen.admin.ch](http://www.bundespublikationen.admin.ch), Bestellnummer:301.800.d.**

Hanna Beate Schöpp-Schilling/Cees Flintermann (Hrsg.) (2007): **Die UNO-Frauenrechtskonvention CEDAW: aktuelle Fragen, hrsg. von der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen EKF.**

\*Dr. Kathrin Arioli ist Leiterin der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich und war Mitglied der Schweizer Delegation, die im Juli 2009 dem CEDAW-Ausschuss den dritten Staatenbericht der Schweiz präsentierte

## Ein Quantensprung für die Gleichstellungspolitik: Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing

Gespräch mit Elisabeth Keller, Geschäftsführerin der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen (EKF) und vor 15 Jahren Mitglied der Schweizer Delegation an der vorerst letzten Weltfrauenkonferenz.

| Lilian Fankhauser\*

**LF:** Obwohl die Schweiz 1995 noch nicht Mitglied der UNO war, hat sie an der Weltfrauenkonferenz in Beijing als vollwertige Partnerin teilgenommen – Sie waren Teil dieser Delegation. Inwiefern war diese Konferenz prägend für Ihre Arbeit bei der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen (EKF)?

**EK:** Ich möchte kurz präzisieren: An der Weltfrauenkonferenz nahm ich nicht als Vertreterin der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen (EKF) teil, sondern als Mitarbeiterin des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann (EGB), für das ich damals das Dossier "Internationale Frauenfragen" betreute. Die Federführung der Delegation 1995 in Beijing hatte das EBG, Delegationsleiterin war Bundesrätin Ruth Dreifuss als damalige Innenministerin. Patricia Schulz, die Leiterin des EGB, war stellvertretende Leiterin. Es ist tatsächlich so, dass diese Konferenz einen Meilenstein für die Entwicklung der Frauenrechte darstellte, und zwar weltweit: Zwar wurden auch an der 3. Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi bereits recht viele unterschiedliche Themen bearbeitet, doch Beijing war diesbezüglich ganz klar ein Quantensprung: In der Aktionsplattform, die am Schluss der Konferenz verabschiedet worden ist, wurden zwölf inhaltliche Kapitel definiert. Diese inhaltlichen Schwerpunkte reichen von der Bekämpfung der Armut von Frauen, über die Verbesserung der Bildung und der politischen Partizipation, hin zur Durchsetzung der Menschenrechte für Frauen. Von besonderer Tragweite war die Aufnahme des Themas Gewalt an Frauen – das war damals neu: 1979, als die "Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women (CEDAW)" verabschiedet wurde, wäre dies noch undenkbar gewesen. Diese breite Themensetzung in Beijing und die Diskussionen, die daraus entstanden, waren wirklich überraschend und überwältigend.

**Welche Umsetzungen folgten nach 1995 auf Bundesebene?**

Ganz wichtig war, dass wir uns in Folge der Konferenz bei allen Themen sowohl nationale wie auch interna-

tionale Massnahmen überlegt haben: Das heisst, wir haben uns auch unseren eigenen blinden Flecken zugewandt. Besonders spannend war die Auseinandersetzung mit dem Thema Gewalt: Bestimmte Formen von Gewalt an Frauen wurden vor 1995 in der Schweiz meistens einzig mit Blick gegen aussen wahrgenommen. Die Problematik der Zwangsheiraten oder auch weibliche Genitalverstümmelung wurden beispielsweise nur in Bezug auf andere Staaten thematisiert. Als ich in der "Interdepartmentalen Arbeitsgruppe Folgearbeiten", die nach der Konferenz für die Bundesverwaltung einberufen worden ist, einbrachte, dass auch in der Schweiz diese Formen von Menschenrechtsverletzungen vorkommen, wurde ich zuerst belächelt. Das gebe es "bei uns" nicht. In der Arbeitsgruppe Folgearbeiten haben wir uns bewusst mit allen zwölf Themenschwerpunkten beschäftigt und den Aktionsplan der Schweiz, den wir 1999 veröffentlichen konnten, explizit auf alle Themen ausgerichtet. Ziel des Aktionsplanes Schweiz war es, Ziele und Massnahmen zu definieren, um die Gleichstellungsarbeit in den verschiedenen Bundesämtern voranzubringen, ein Hauptziel war dabei das Gender Mainstreaming. In dem Sinne kann man wirklich sagen, dass die Konferenz die Gleichstellungsarbeit in der Schweiz massgeblich beeinflusst hat, auch wenn wir bisher nicht die Erfolge verzeichnen können, die uns 1995 vorschwebten.

**Wo sehen Sie heute den grössten Handlungsbedarf auf Bundesebene?**

Eigentlich kann ich heute dasselbe sagen, was bereits im schweizerischen Bericht zum Aktionsplan der Schweiz von 2002 steht: Es fehlt an politischem Willen, um den Aktionsplan in der Schweiz durchzusetzen – und damit auch an personellen und finanziellen Ressourcen. Eine der zentralsten Aufgaben in den nächsten Jahren wird sein, den Bund wieder vermehrt in die Verantwortung für die Umsetzung der Gleichstellungsanliegen zu nehmen: Es ist Pflicht des Bundes, die Gleichstellungsarbeit auf Bundesebene, aber auch in den Kantonen voranzutreiben.



Bild 9, Serie "Bundeshaus"

Ein zentrales Problem in der Bundesverwaltung und auch in den Kantonen ist das fehlende Verständnis dafür, dass internationale Standards und Übereinkommen, die für die Schweiz Gültigkeit und im Falle von CEDAW auch rechtliche Verbindlichkeit haben, ein Bezugsrahmen sind für unsere Gleichstellungsarbeit hier in der Schweiz. Sehr viel Widerwillen fusst auf der Vorstellung, dass diese Übereinkommen zusätzlichen Aufwand bedeuten. Dabei können wir von der Denkarbeit, die sich dort niedergeschlagen hat, für unsere Arbeit profitieren. Eine Arbeit, die wir hier sowieso leisten müssen, zum Beispiel bei der Bekämpfung von Armut, im Bildungsbereich, bei der politischen Partizipation, etc. Erika Schläppi hat in der 2007 im Auftrag der EKF verfassten Studie gezeigt, dass sich Bund und Kantone auf die Vorarbeit, die in Beijing geleistet worden ist, abstützen können. Deshalb wird eine der Herausforderungen der nächsten Jahre sein, den Bundesämtern klar zu machen, dass diese internationalen Dokumente für unsere Arbeit besser genutzt werden können – und auch müssen. Und wir müssen dafür sorgen, dass die verschiedenen Diskurse in der Schweiz zusammen gedacht werden – etwa der Gleichstellungs- mit dem Menschenrechtsdiskurs, die sich in den letzten Jahren stark auseinander bewegt haben.

#### 1995 hat die letzte Weltfrauenkonferenz stattgefunden: Wann folgt die Nächste?

Das Interessante ist, dass die 1995 definierten Ziele und Massnahmen, wie sie in der Aktionsplattform festgehalten sind, nach wie vor aktuell sind: Die Problemlagen sind heute genau so brisant wie damals. Mit dem Unterschied, dass es heute nicht mehr möglich wäre, ein solches internationales Papier zu verabschieden, es wäre schlicht nicht mehr konsensfähig. Dies ist auch, so würde ich meinen, der Grund, weshalb seither keine Weltfrauenkonferenz mehr einberufen worden ist: Jeder Versuch, über die damals gesetzten Ziele hinauszugehen, so ist man sich einig, wäre zum Scheitern verurteilt gewesen. Das hat mit dem internationalen politischen Kontext, wie etwa mit dem Regierungswechsel in einigen wichtigen Staaten, zu

tun. Die Aktionsplattform von Beijing wird aber in der Gleichstellungsarbeit nach wie vor als wichtiger Referenzrahmen benutzt, um den Stand der Gleichstellung in den einzelnen Ländern zu überprüfen. Auch der CEDAW-Ausschuss bezieht sich bei seinen länderspezifischen Empfehlungen (Concluding Observations) jeweils auf die Aktionsplattform von Beijing. Die Dynamik von Beijing ist noch längst nicht erlahmt.

<sup>1</sup>Vgl. dazu Artikel von Kathrin Arioli.

#### ELISABETH KELLER

Elisabeth Keller ist Politologin und Juristin, sie ist seit 1990 Geschäftsführerin der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen (EKF). Die EKF wurde 1976 vom Bundesrat als ausserparlamentarische Kommission zur Umsetzung der Gleichstellung von Frau und Mann eingesetzt. Elisabeth Keller war 1995 Mitglied der Schweizer Delegation in Beijing und Mitglied der interdepartementalen Arbeitsgruppe zur Vorbereitung von Beijing und den Folgearbeiten. Für die EKF war sie im Juli 2009 vor dem UNO-Frauenrechtsausschuss CEDAW in New York zur Präsentation der EKF-Stellungnahme zum dritten Staatenbericht der Schweiz.

#### BEIJING PLUS 15

Das Interview entstand im Anschluss an den Workshop "15 Jahre Beijing Platform for Action: Rückblick und Ausblick", das vom Wissenschaftlichen Forum von WIDE Switserland und dem IZFG durchgeführt worden ist. Weitere Informationen: [www.widenetwork.ch](http://www.widenetwork.ch)

#### LITERATUR

Zusammenfassung Aktionsplattform Beijing 1995, Aktionsplan der Schweiz 1999, Bericht zur Umsetzung des Aktionsplan 2002: [www.ebg.admin.ch/dokumentation/00012/00198/index.html?lang=de](http://www.ebg.admin.ch/dokumentation/00012/00198/index.html?lang=de)

\*Lilian Fankhauser ist Germanistin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am IZFG



Bild 10, Serie "Bundeshaus"



Bild 11, Serie "Bundeshaus"

# Öffentliche IZFG-Ringvorlesung: Transnationaler Feminismus – Historische Entwicklungen und aktuelle Debatten

I Fabienne Amlinger und Lilian Fankhauser

Der Blick über Grenzen hinweg ist der feministischen Bewegung seit ihren Anfängen inhärent. Aktivistinnen aller Generationen überschritten auf der Suche nach Verbündeten nationale, soziale, kulturelle, ethnische oder politische Grenzen. Manchmal stießen sie dabei allerdings auf mehr Unterschiede denn Gemeinsamkeiten. Dennoch brach die Suche nach einer internationalen, einer transnationalen Bewegung niemals gänzlich ab und mündete in vier internationalen Weltfrauenkonferenzen, die letzte 1995 in Peking. Diese bestärkten die Erkenntnis, dass ein einheitliches Bild der "Frau" ohne Berücksichtigung von Ethnizität, Klassensituation, sexueller Orientierung und örtlichen Gegebenheiten der Bandbreite von Problemlagen von Frauen in den verschiedenen Regionen der Welt nicht gerecht wird. Gleichzeitig entwickelte sich, insbesondere in den Postcolonial Studies, eine fruchtbare Debatte rund um das Konzept des "Transnationalen Feminismus". Dieses behält die globale, die universelle Perspektive bei, denkt Differenzen zwischen Frauen allerdings mit.

Im Rahmen der öffentlichen IZFG-Ringvorlesung werden historische Entwicklungen, theoretische Konzepte und politische Aspekte einer Bewegung reflektiert, die es gewohnt ist, Brücken zu schlagen zwischen Reich und Arm, zwischen Nord und Süd und zwischen Theorie und Praxis und die immer wieder eine grosse politische Dynamik zu entwickeln vermag.



Bild 12, Serie "Bundeshaus"

## Programm

**2. März 2010:**

### **Inter- und transnationale Dimensionen des Feminismus**

Prof. Dr. Uta Ruppert bietet einen Überblick über die historische Entwicklung inter- und transnationaler Feminismen und führt in zentrale theoretische Konzepte sowie in politische Schwerpunkte und Strategien ein. Ausserdem geht sie den für Theorie und Praxis grundlegenden Fragen nach den ökonomischen und politischen Dimensionen von Geschlechtergerechtigkeit und den grundsätzlichen Möglichkeiten der Solidarität zwischen Nord und Süd nach.

**16. März 2010:**

### **Feminismus transnational und universal? Die Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit im internationalen Umfeld vor dem Zweiten Weltkrieg**

PD Dr. Regula Ludi widmet sich den Forderungen nach Geschlechtergerechtigkeit im internationalen Umfeld vor dem Zweiten Weltkrieg. Bereits im 19. Jahrhundert haben sich Feministinnen transnational vernetzt und auf die Jahrhundertwende hin internationale Zusammenschlüsse gegründet. Durch die Übersetzung ihrer Forderungen in die universale Sprache der Menschenrechte machten Frauenorganisationen Geschlechtergerechtigkeit zu einer Frage von globaler Relevanz.

**30. März 2010:**

### **Wie Wissen und Macht verschränkt sind: Zur Kritik des feministischen Postkolonialismus an der westlichen Wissensordnung**

Dr. Patricia Purtschert zeigt aus einer feministisch-postkolonialen Perspektive auf, wie Macht und Wissen verschränkt sind und welche praktischen Folgen diese Zusammenhänge für die Anliegen eines transnationalen Feminismus haben.

13. April 2010:

**Internationale Organisation und transnationale Verbindungen in der historischen Frauenbewegung**

Prof. Dr. Ulla Wischermann arbeitet die transnationale Dimension der historischen Frauenbewegungen heraus. Dabei fragt sie nach Transfer- und Verflechtungsprozessen zwischen transnationalen und nationalen Ebenen und nach deren Bedeutung für Entwicklungen und Mobilisierungen der Frauenbewegungen.

27. April 2010:

**Is there something like Transnational Masculinity?**

Der Globalisierungsprozess der letzten 20 Jahre hat transnationale Dynamiken freigesetzt, in deren Kontext Probleme der Konstruktion von Männlichkeit neu erschlossen werden können. Gemäss Prof. Dr. Lothar Böhnisch haben transnationale Prozesse sozialer Entgrenzung und Entbettung einen spezifischen Typus externalisierter Männlichkeit hervorgebracht. Gezeigt wird dies an Phänomenen globaler Maskulinitätsdynamik: Internationale Finanzkrise, Prostitution, Wiederbelebung von Männerbünden.

11. Mai 2010:

**Auf der Suche nach Gemeinsamkeiten: Feminismus im arabisch-islamischen Kontext: Möglichkeiten, Grenzen, Visionen (Vortrag in Englisch)**

Dr. Elham Manea beleuchtet die Gemeinsamkeiten des Feminismus im arabisch-islamischen Kontext. Nebst den Unterschieden zwischen den feministischen Bewegungen in den arabischen Ländern, gibt es eine markante Gemeinsamkeit: Die Interaktion zwischen dem politischen Kontext und dem religiösen Faktor, der die arabische Welt verbindet und die Diskurse, Strategien und Forderungen der Feministinnen entsprechend prägt.

25. Mai 2010:

**Die Debatte um Frauenrechte in den internationalen Organisationen – und ihre Wirkungen auf nationaler Ebene**

Dr. Erika Schläppi zeichnet die Debatten um Frauenrechte in den internationalen Organisationen und deren Wirkungen auf nationaler Ebene nach. Wichtige Impulse für die rechtliche und politische Gleichstellung der Geschlechter in der Schweiz kamen aus dem Ausland. Doch wo stehen wir heute in der politischen Debatte um internationale Frauenrechte und welche Instrumente bieten die internationalen Organisationen für die Gleichstellung in der Schweiz?

1. Juni 2010:

**Roundtable**

Möglichkeiten und Grenzen für den Transnationalen Feminismus

Dr. Claudia Michel, Dr. Silke Staab, Elisabeth Keller u.a., Moderation Dr. Brigitte Schnegg.



Bild 13, Serie "Bundeshaus"



## Ich studiere Gender Studies!

Seit dem Herbstsemester 2009 kann auch an der Uni Bern Gender Studies studiert werden. Die phil.-hist. Fakultät bietet in Zusammenarbeit mit dem IZFG einen Master Minor-Studiengang an. Warum Gender Studies studieren? Ein Student\* gibt Auskunft.

"Ich rate Ihnen, sich nicht ausgiebig mit den Gender Studies zu beschäftigen. Es ist nun einmal so, dass es zwei Geschlechter gibt." So äusserte sich kürzlich ein Professor in einem Seminar und erntete, dem vernünftigen Grinsen der meisten Studierenden nach zu schliessen, für diese Aussage breite Zustimmung. Wie seine Äusserung zeigt, ist die Geschlechterforschung noch lange nicht überall akzeptiert, ja scheinbar werden die Gender Studies nicht einmal richtig verstanden oder 'man' will sie auch gar nicht verstehen.

Auf ganz ähnliches Unverständnis beziehungsweise auf ganz ähnlich geartete Ablehnung meines neuen Nebenfachs, welches erst seit vergangendem Herbst als Master Minor an der Universität Bern angeboten wird, bin ich in meinem Kollegenkreis gestossen: Einige zeigten sich irritiert von meiner Wahl, verstanden nicht, wieso ich mich, als Mann, für Geschlechterfragen interessiere oder versuchten gar, mich von meiner Idee abzubringen ("Das würde ich mir nicht antun!").

Ich bin aber bei meiner Wahl geblieben und habe diese keinen Moment bereut. Als Student der Deutschen Literaturwissenschaft habe ich mich schon immer für die Frage nach den Geschlechterverhältnissen in literarischen Texten interessiert und habe so mit dem

Studium am IZFG die ideale Ergänzung zu meinem Hauptfach gefunden: Dank dem Master Minor-Studiengang Gender Studies kann ich mir genau diejenigen theoretischen Grundlagen erarbeiten, die ich für die Auseinandersetzung mit Geschlechterfragen in der Literatur brauche.

Die Kombination von Literaturwissenschaft und Gender Studies erscheint mir gerade deshalb so reizvoll, weil die Literatur für sehr lange Zeit wohl der Ort war, an dem die Geschlechterverhältnisse reproduziert und festgeschrieben, aber auch hinterfragt wurden. Ausserdem bietet die Literatur vielen männlichen Autoren und Lesern immer noch die Gelegenheit, sich (auch unbewusst) mit ihren Ängsten vor dem 'anderen Geschlecht' und vor Veränderungen der geschlechtlichen Macht- bzw. Unterdrückungsverhältnisse auseinanderzusetzen, sie zu bearbeiten und diese Ängste damit gewissermassen auszutreiben.

---

\*Florian Heiniger studiert im Master Major Neuere Deutsche Literaturwissenschaft und im Master Minor Gender Studies an der Universität Bern

## Die Rolle von Geschlechterstereotypen in der Politik

Welchen Einfluss haben "gängige Gender-Vorstellungen" auf die Politik und wie gehen Politikerinnen mit ihnen um? Der vorliegende Beitrag diskutiert diese Fragen.

I Miriam Ganzfried\*

Die Politik ist eine traditionell von Männern dominierte Welt. Daran hat auch die Einführung des Frauenstimmrechts 1971 wenig geändert. Frauen sind in der Politik immer noch ein Sonderfall. Heute sind auf Bundesebene rund ein Viertel der Parlamentssitze von Frauen besetzt (im Nationalrat liegt der Frauenanteil bei 29.5%, im Ständerat bei 21.7%).<sup>1</sup> Nicht nur die Untervertretung der Frauen ist ein Zeichen der männlichen Prägung des politischen Feldes. Auch in den Medien sind Politikerinnen stark untervertreten und der politische Sprachgebrauch ist auf die "männliche" Norm ausgerichtet. Ausdrücke wie "Wahlkampf" oder "Fernsehduelle" gehören zum politischen Vokabular. Es ist darum nicht erstaunlich, dass das Bild des idealen Politikers männlich geprägt ist und "typisch weibliche" Eigenschaften in der Ausübung politischer Macht als weniger wichtig gelten als "typisch männliche".<sup>2</sup>

Geschlechterstereotype kommen ganz besonders im Wahlkampf zum Tragen. Diese spielen bei der Beurteilung der Kandidatinnen und Kandidaten eine Rolle und beeinflussen das Wahlverhalten der Stimmenden in zweierlei Hinsicht. Da der ideale Politiker für viele Leute immer noch ein Mann ist, werden Frauen zum einen generell als weniger "politiktauglich" betrachtet als Männer. Zum anderen werden Frauen, sobald sie das politische Parkett betreten haben, auf Grund der ihnen zugeschriebenen Charaktereigenschaften als besser geeignet angesehen, bestimmte Themen zu vertreten. Dazu kommt, dass bei der Beurteilung durch die WählerInnenschaft das Geschlecht der Kandidierenden vor allem dann eine Rolle spielt, wenn diese wenig bekannt sind und weitere Informationen fehlen.<sup>3</sup> Da das Geschlecht ein offensichtliches, leicht zugängliches Merkmal eines/r Kandidaten/in ist, spielt es bei einer ersten Beurteilung durch die WählerInnenschaft eine zentrale Rolle.

### Vom Vorteil eine Frau zu sein

Geschlechterstereotype prägen aber nicht nur das Wahlverhalten der Stimmenden, sondern auch das Verhalten der Politikerinnen und Politiker im Wahlkampf. So kann es in gewissen Situationen für eine Politikerin von Vorteil sein, ihre weibliche Identität im Wahlkampf in den Vordergrund zu stellen und diese so in eine politische Ressource zu verwandeln. Dies zum Beispiel in einer Situation, in der "weibliche" Charaktereigenschaften für die Lösung politischer Probleme von der WählerInnenschaft bevorzugt werden. Beobachtet wurde dies unter anderem bei den französischen Kommunalwahlen 2001. Durch die ihnen zugeschriebenen "weiblichen" Charakter-

eigenschaften seien Frauen "näher beim Volk" und daher besser geeignet, die vorherrschende *Crise de la représentation* zu bewältigen.<sup>4</sup> Nicht nur das Hervorheben von "weiblichen" Qualitäten kann Politikerinnen im Wahlkampf nützlich sein. Geschlechterstereotypen spielen auch bei der Themenwahl eine Rolle. Amerikanische Forschende<sup>5</sup> haben gezeigt, dass Kandidatinnen, die sich mit typisch "weiblichen" Themen beschäftigen, vor allem bei der weiblichen Wählerschaft größere Chancen haben, gewählt zu werden, als solche, welche mit typisch männlichen Themen Wahlkampf betreiben. Wie eine Studie<sup>6</sup> am Beispiel des amerikanischen Kongresses zeigt, setzen Frauen in ihrer Wahlwerbung vermehrt auf Themen wie Gesundheit, soziale Fragen und Bildung, männliche Kandidaten hingegen eher auf wirtschaftliche Themen, Landesverteidigung oder Migrationspolitik. Frauen und Männern erscheinen glaubhafter, wenn sie durch die Wahl ihrer Themen den geläufigen Geschlechterstereotypen entsprechen.

### Politik als Gratwanderung

Politikerinnen befinden sich in einer zwiespältigen Situation: Einerseits müssen sie so gut als möglich dem Idealbild des Politikers entsprechen, andererseits sind sie gezwungen, die gängigen weiblichen Stereotypen zu erfüllen. Frauen machen eine Gratwanderung: Präsentieren sie sich zu "weiblich", gehen sie das Risiko ein, als nicht "politikkompetent" wahrgenommen zu werden. Stellen sie hingegen sogenannte männliche Eigenschaften oder Themen in den Vordergrund, entsprechen sie nicht den von ihnen erwarteten weiblichen Stereotypen, was möglicherweise



Bild 14, Serie "Bundeshaus"

wiederum die WählerInnenschaft irritiert und ihre Glaubwürdigkeit herabsetzt. Das Motto für Politikerinnen heißt also: Gezieltes Einsetzen der Weiblichkeit führt zum Erfolg.

Politiker hingegen sind nicht mit dieser widersprüchlichen Situation konfrontiert, da in der Politik das "Männliche" die Norm ist und die Vorstellungen des idealen Politikers mit den männlichen Geschlechterstereotypen übereinstimmen. Solange die "gängigen Gender-Vorstellungen" die Politik mit "Männlichkeit" assoziieren und politische Positionen mehrheitlich von Männern besetzt sind, gehen Frauen, die sich auf die Politik einlassen und hier Karriere machen wollen, mit ungleichen Voraussetzung in den Kampf um Amt und Image. Indem der Frauenanteil weiterhin zunimmt, wird es möglich, die Frauen in ihrer Verschiedenheit wahrzunehmen. Je breiter das Spektrum an real existierenden weiblichen Politikerinnen, desto schwächer werden die Übereinstimmungen mit überholten aber dennoch persistenten Stereotypen.

<sup>1</sup>Bundesamt für Statistik.

<sup>2</sup>Holtz-Bacha, C. (2007). Mit den Waffen einer Frau? Politikerinnen im Wahlkampf. In: C. Holtz-Bacha, N. König-Reiling (Hrsg.), Warum nicht gleich?: Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 79-105.

<sup>3</sup>Mc Dermott, M. L. (1997). Voting cues in low-information elections: Candidate gender as a social information variable in contemporary United States elections. *American Journal of Political Science*, 41, 270-283.

<sup>4</sup>Dulong, Delphine et Levêque, Sandrine (2002). "Une ressource contingente. Les conditions de reconversion du genre en ressource politique". *Politix*, 15(60), 81-111.

<sup>5</sup>Herrenson, P.S., Lay, J. C., and A., K., Stokes (2003). Women Running "as Women": Candidate Gender, Campaign Issues and Voter-Targeting. *The Journal of Politics* 26(1), 244-255.

<sup>6</sup>Kahn, Kim Fridrik and Gordon, Ann (1997). "How Women Campaign for the U.S. Senate: Substance and Strategy". In: Norris, Pippa, Women, Media, and Politics. New York: Oxford University Press, 59-76.

\*Miriam Ganzfried ist Politologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am IZFG

## VERANSTALTUNGEN UNIVERSITÄT BERN

### ABTEILUNG FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN

#### STIMM- UND SPRECHKURS

## Spannend und souverän vortragen

Datum: 22.03.2010

Anmeldefrist: 22.02.2010

Ein eintägiger Kurs für weibliche Universitätsangehörige.

#### DISS-WORKSHOP

## Soll ich oder soll ich nicht?

Datum: 25.03.2010

Anmeldefrist: 25.02.2010

Von der ersten Idee bis zum Entschluss, eine Dissertation zu schreiben. Ein Workshop für Studentinnen.

#### DISS-WORKSHOP

## Wenn nicht alles rund läuft...

Datum: 29.04.2010

Anmeldefrist: 01.04.2010

...auf dem Weg zum erfolgreichen Abschluss der Dissertation. Ein Workshop für Doktorandinnen.

#### POTENZIALSEMINAR

## Welche Karriere passt zu mir?

Datum: 30.04. und 07.05.2010

Anmeldefrist: 02.04.2010

Ein Seminar für Studentinnen und Wissenschaftlerinnen.

#### KURS

## Im Gespräch überzeugen

Datum: 03.06. und 11.06.2010

Anmeldefrist: 20.05.2010

Ein Kurs für weibliche Universitätsangestellte.

#### SEMINAR

## Training für Berufungsverfahren

Datum: 08.09., 09.09. und 10.09.2010

Anmeldefrist: 11.08.2010

Ein Seminar für fortgeschrittene Wissenschaftlerinnen.

Das vollständige Kursprogramm 2010 kann in gedruckter Version über [info@afg.unibe.ch](mailto:info@afg.unibe.ch) bestellt oder von [www.gleichstellung.unibe.ch](http://www.gleichstellung.unibe.ch) heruntergeladen werden.

MA-BLOCKSEMINAR

## Differenz, Diversität, Intersektionalität: Theoretische Zugänge zu gesellschaftlicher Ungleichheit

**Prof. Dr. Andrea Maihofer und Dr. Brigitte Schnegg**

Mi, 10. März 2010: Nachmittag 4 h (Basel)

Mi, 24. März 2010: Nachmittag 4 h (Bern)

Mi, 21. April 2010: Nachmittag 4 h (Basel)

Mi, 19. Mai 2010: ganztägig 8h (Bern)

5 ECTS

Die gesellschaftliche Ungleichheit zwischen den Geschlechtern ist ein zentrales Thema der Geschlechterforschung. Seit ihren feministischen Anfängen setzt sie sich aber auch mit der Frage auseinander, wie sich die Geschlechterhierarchie denn zu anderen sozialen Hierarchien verhält, etwa zu der Klassenfrage oder der Rassendiskriminierung. Die Liste der Differenzkategorien wurde, angestossen durch die Kritik des Black Feminism, der Queer und der Postcolonial Studies, bald schon um weitere Kategorien wie Herkunft, Ethnizität oder sexuelle Orientierung erweitert. Während die unterschiedlichen sozialen Differenzen etwa im Kontext der Betriebswirtschaft unter dem Stichwort der Diversity – verstanden als bunte Vielfalt von Identitäten – als

Ressource thematisiert wird, hat sich die Geschlechterforschung kritisch mit der sozialen Konstruktion von Differenzen auseinandergesetzt und nach dem komplexen Zusammenwirken unterschiedlicher sozialer Hierarchien gefragt. Im Seminar werden diese Debatten um gesellschaftliche Ungleichheit aufgearbeitet. Dabei geht es zum einen um die subjektive Ebene im Sinne der Frage nach Identitäten an der Schnittstelle verschiedener Differenzkategorien. Zum anderen wird die gesellschaftliche Ebene in den Blick genommen und danach gefragt, wie die unterschiedlichen Achsen der Differenz den sozialen Raum strukturieren.

Lernziel: Die Studierenden lernen die Debatten zu gesellschaftlicher Ungleichheit in der Geschlechterforschung kennen und können sie kritisch reflektieren. Sie erkennen die unterschiedlichen Kategorien der sozialen Differenz und sind in der Lage, die Komplexität ihres Zusammenwirkens zu reflektieren. Sie werden befähigt, Geschlecht im Kontext anderer Ungleichheitsdimensionen zu analysieren.

ÖFFENTLICHE RINGVORLESUNG

## Transnationaler Feminismus – Historische Entwicklungen und aktuelle Debatten

**lic. phil. Fabienne Amlinger, lic. phil. Lilian Fankhauser**

Dienstags, 18-20 Uhr

Findet alle zwei Wochen statt

1,5 ECTS

Ausführliche Informationen und das Programm finden Sie auf den Seiten 11/12.



Bild 15, Serie "Bundeshaus"

**HALBTAGES-KURS**

## Soft Skills

Datum: Freitag, 8. Januar 2010

Zeit: 9:30-13:00 Uhr

Half-day academic portfolio course mit Pamela Alean.

**BLOCKSEMINAR**

## James Scott

Datum: Dienstag, 16. März 2010

Zeit: Nachmittag

**KOLLOQUIA**

Daten:

Freitag, 8. Januar 2010

Freitag, 26. Februar 2010

Freitag, 16. April 2010

Freitag, 28. Mai 2010

Zeit: jeweils 14:15-18:00 Uhr

Themen werden noch bekannt gegeben.

**INTERNATIONAL SUMMERSCHOOL**

## Gender and Politics – Gendered Politics

Datum: 14.-18. Juni 2010

Weitere Informationen finden Sie im Artikel auf den Seiten 25/26.

---

**INSTITUT FÜR SOZIOLOGIE**

---

**BLOCKSEMINAR**

## Frauen im neoliberalen Umbau der Gesellschaften: "Alphaweibchen" oder "Trümmerfrauen der Strukturanpassung" ?

**Prof. Dr. Barbara Duden**

Donnerstag, 14-18 Uhr

4.3., 11.3., 18.3., 25.3. und 15.4., 22.4., 29.4.

6 ECTS

(In Kooperation mit dem IZFG)

Im Zentrum des Seminars steht die Analyse eines Widerspruchs, auf den die kanadische Ökonomin Janine Brodie aufmerksam machte: Der ökonomische und soziale Umbau der Familien, des Sozialsystems und des Arbeitsmarktes, den wir gegenwärtig erleben, erscheint weitgehend geschlechtsneutral, belastet Frauen aber sehr spezifisch. Propagierte Geschlechtsneutralität – De-Thematisierung der Belange von Frauen – und die Verlagerung der Lasten aus dem Umbau des Sozialen auf die Schultern von Frauen – durch die Reprivatisierung von Zuständigkeiten – sind zwei Seiten einer Medaille. Wir beobachten simultan den politischen Willen zum Abbau veralteter Geschlechterklischees in einer staatlich verordneten Gleichstellungspolitik und die faktische Feminisierung der Kosten. Nun ist aber das Begriffsbecken der Geschlechterstudien, die Geschlecht als Problematik der "Zweige-



schlechtlichkeit" und der "Identität" behandelt, kaum geeignet, diese Entwicklung analytisch zu packen. Im Gegenteil; Frauen werden durch diese Begrifflichkeiten dazu verleitet, gesellschaftliche Schief lagen als Probleme ihrer „Identität“ zu begreifen und zu meinen, sie müssten diese eigenverantwortlich managen. Im Seminar werden wir diesen Widerspruch untersuchen und dabei dramatische Verschiebungen in den beiden Sphären betrachten, die in den 1970er Jahren Produktion und Reproduktion genannt wurden: Prekäre Arbeitsverhältnisse, Flexibilisierung und Billiglohnjobs, Abbau von Sozialleistungen und Überlastung, Verarmung, Altersarmut und häusliche Dienstleistungen durch Migrantinnen. Unsere Frage dabei wird sein: Sind gewisse Gruppen von Frauen die Leidtragenden einer Politik, die Forderungen des Feminismus einzulösen verspricht und sie zugleich verkehrt?



Bild 16, Serie "Bundeshaus"

HISTORISCHES INSTITUT

SEMINAR (NNG, CH+)

## Auf dem Weg zu einem globalen Geschlechterregime

PD Dr. Regula Ludi

Dienstag, 16-18 Uhr

7 ECTS

(In Kooperation mit dem IZFG)

Die internationale Frauenfrage seit dem späten 19. Jahrhundert:

2001 begründete die Bush-Regierung ihren Angriff auf die Taliban unter anderem mit der brutalen Unterdrückung der Frauen Afghanistans. Was damals berechtigte Empörung über die opportunistische Instrumentalisierung von feministischen Anliegen auslöste, wirft aus zeitlicher Distanz betrachtet auch ein neues Licht auf die Bedeutung der Geschlechterfrage in den internationalen Beziehungen. Nur unter der Bedingung, dass die Stellung der afghanischen Frauen als Problem von internationaler Tragweite gesehen wurde, konnte die Bush-Regierung darauf hoffen, Resonanz für die humanitäre Legitimation des umstrittenen Angriffskriegs zu finden. Historisch betrachtet, ist das eine neuartige Erscheinung. Obwohl die ersten Ansätze zur Internationalisierung der Frauenfrage ins späte 19. Jahrhundert zurückreichen, wurden Geschlechterverhältnisse erst mit der Entwicklungspolitik nach dem 2. Weltkrieg und der UNO-Frauendekade von 1975-1985 zu einem internationalen Thema. Wir werden in diesem Seminar fragen, wie und warum Frauendiskriminierung als Problem von globaler Bedeutung anerkannt und zu einer Frage von internationaler Relevanz erhoben wurde. Wir werden diese Fragen anhand von ausgewählten Sachthemen – Menschenhandel, Entwicklungspolitik, Bevölkerungswachstum, rechtliche Gleichstellung, etc. – untersuchen und der

Frage nachgehen, welche Bedeutung dabei der Aktivität von transnationalen, zivilgesellschaftlichen Netzwerken zukam.

VORLESUNG (NNG, CH+)

## Geschichte der Menschenrechte im 20. Jahrhundert

PD Dr. Regula Ludi (Vertretung von Prof. Dr. Brigitte Studer)

Montag, 16-18 Uhr

3 ECTS

Unter dem Zeichen der Globalisierung haben die Menschenrechte seit 1945 die Bedeutung eines universell geltenden Normensystems erlangt. Der Durchbruch von allgemeinen, für alle Menschen gleichermaßen geltenden Rechten wird oft als grosse moralische Errungenschaft der jüngeren Geschichte gefeiert. Dabei geht aber oft vergessen, dass die allgemeinen Menschenrechte und deren Institutionalisierung auf eine äusserst wechselvolle Vergangenheit zurückblicken und dass die Ausformulierung und Konkretisierung von internationalen Normen nur vor dem Hintergrund der extremen Gewaltexzesse des letzten Jahrhunderts verständlich ist. Die Vorlesung gibt einen Überblick über die wichtigsten Etappen dieser widersprüchlichen Entwicklung. Sie bezweckt eine Einführung in das System und die Institutionen des internationalen Menschenrechtsregimes, auch mit einem speziellen Fokus auf die Schweiz, und wird zivilgesellschaftlichen Kampagnen bei der Durchsetzung internationaler Standards die ihnen gebührende Beachtung schenken. Schliesslich soll auch die Frage diskutiert werden, ob es sich bei den Menschenrechten um ein einseitig westliches Wertsystem handelt.

## SEMINAR (AG)

## Räume und Geschlechter in der Antike

**Prof. Dr. Thomas Späth**

Donnerstag, 14-16 Uhr  
7 ECTS

Die Ägypter, berichtet der Geschichtsschreiber Herodot im 5. Jh. v. Chr., tun in allem das Gegenteil der anderen Völker: "Bei ihnen gehen die Frauen auf den Markt und treiben Handel, während die Männer zu Hause sitzen und weben" (Hdt. 2.35). Offenbar war es der griechische Beobachter gewohnt, auf dem Markt keine Frauen zu sehen und im Hause am Webstuhl keine Männer. Oder galt sein Erstaunen der Tatsache, dass er auf dem Markt freigelebene Frauen sah und nicht nur Sklavinnen oder Fremde? Die Räume gesellschaftlichen Lebens der griechischen und römischen

Antike sind auf unterschiedliche Weise Männern und Frauen zugeordnet – und sie sind unterschiedlichen Frauen und Männern (nach sozialem und Freiheitsstatus, nach Alter differenziert) zugeordnet. Die geschlechtsspezifische Zuordnung von Räumen kann Mädchen und Knaben, erwachsene Männer und Frauen, Sklavinnen und Sklaven trennen und Beziehungen innerhalb des gleichen Geschlechts sichtbar machen; sie kann auch Männer und Frauen zusammenführen und damit die Beziehungen zwischen den Geschlechtern in den Blick rücken. Das Seminar geht aus von konkreten Räumen in Athen und Rom – jenen der Wohnhäuser, aber auch von Marktplätzen, Theatern, Heiligtümern, Arenen, Kneipen, Parkanlagen, Landhäusern, Gerichtshallen – als Ausgangspunkt der Frage nach dem Selbstverständnis und den Handlungs(spiel)räumen von Frauen und Männern. Es verfolgt damit das Ziel, dem Spektrum von Geschlechtsidentitäten in antiken Gesellschaften nachzuspüren und deren Ausformung in den Praktiken des Alltags zu verfolgen.

## ÜBUNG (NGG)

## Kombattantinnen in aussereuropäischen Unabhängigkeits- und Revolutionskriegen

**Dr. Tanja Bühner**

Montag, 16-18 Uhr  
5 ECTS

Frauen, die sich in den Unabhängigkeitskriegen des südlichen Afrikas (Simbabwe, Namibia, Angola und Mosambik) den Guerillagruppen anschlossen, strebten meist die Befreiung sowohl von herkömmlichen gerontokratischen sowie kolonialen Machtstrukturen an. In den Bushcamps herrschten jedoch oft weiterhin patriarchalische Verhältnisse vor, und selbst Kombattantinnen wurden von den Kommandeuren oft auf traditionelle soziale oder sexuelle Dienste verwiesen. Die Hoffnung der Frauen, durch ihre Mitwirkung am Kampf geschlechtsspezifische Unterdrückungsformen zu überwinden, blieb auch in den Nachkriegsordnungen mehrheitlich unerfüllt.

In der Übung sollen die Brutalität, die regionalen und translokalen Dimensionen sowie die gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Konfliktstrukturen von aussereuropäischen Unabhängigkeits- und Revolutionskriegen von der Gender-Perspektive her aufgearbeitet werden. Dabei werden die Transformationen der sozialen und geschlechterspezifischen Beziehungen vor, während und nach den Kriegen beleuchtet. Weitere Themenschwerpunkte sind die Rollen von Frauen im Krieg, insbesondere als Kombattantinnen, sowie sexuelle Gewalt im Krieg. Gefordert

ist aber auch die Bereitschaft der Studierenden, sich mit operationengeschichtlichen Aspekten der Kriege zu beschäftigen. Gute Englischkenntnisse werden vorausgesetzt.



Bild 17, Serie "Bundeshaus"

ÜBUNG

## Austauschbeziehungen in Familien

**Prof. Dr. Heinzpeter Znoj**

Mittwoch, 8-10 Uhr

5 ECTS

(In Kooperation mit dem IZFG)

Ein erheblicher Teil des ökonomischen Geschehens – verstanden als Produktion und Austausch von Gütern und Leistungen – findet ausserhalb von Märkten und eingebettet in soziale Beziehungen statt. Das heisst, dass es nicht den Gesetzen von Angebot und Nachfrage folgt und über Preise vermittelt wird, sondern die Form mehr oder weniger klar formulierter Pflichten und erwarteter freiwilliger Leistungen annimmt, die Bestandteil dauerhafter sozialer Beziehungen sind. Mitgliedschaften in Vereinen, Zugehörigkeiten zu Gemeinwesen und Angehörigkeiten zu Verwandtschaftsgruppen sind Beispiele für solche in der Regel unbefristeten Beziehungen, innerhalb derer nicht-marktwirtschaftlicher Austausch stattfindet. Seit Marcel Mauss und Karl Polanyi hat die ökonomische Anthropologie Konzepte entwickelt, die es erlauben, derartige nicht-marktwirtschaftliche Ökonomien zu analysieren. Ihre allgemeinere Anwendung ist jedoch dadurch behindert worden, dass sie in ihrer Ausformulierung allzu stark an evolutionistische Vorannahmen und an ihren

"exotischen" Entstehungskontext gebunden waren. Eine Folge davon ist, dass nicht-marktwirtschaftliche Austauschbeziehungen in "vorkapitalistischen" Gesellschaften zwar ein klassischer ökonomisch-anthropologischer Gegenstand sind, in unserer eigenen Gesellschaft aber bisher fast nur in der Debatte um die gesellschaftliche Anerkennung der unbezahlten häuslichen Reproduktionsarbeit thematisiert wurden (vgl. z.B. V. Bennholdt-Thommsen 1981). Die Kategorie "unbezahlt" wurde darin aber lediglich negativ gefasst und liess gerade jene Fragen offen, die aus der Sicht der anthropologischen Tauschtheorien am meisten interessieren: Welche Formen nimmt der Austausch an? Welchen Regeln folgt er? Welche Normen der Angemessenheit und der Gerechtigkeit werden dafür formuliert? Mit welchen emotionalen Performanzen wird er eingefordert und sanktioniert? Inwiefern werden durch die Transaktionsmuster Rollen des intergenerationellen, des zwischengeschlechtlichen und des hierarchisch strukturierten Umgangs festgeschrieben? Wie werden im Familienalltag – und besonders aufschlussreich anlässlich von Scheidungen – Leistungen in der sozial eingebetteten und in der marktwirtschaftlichen Ökonomie gegeneinander aufgerechnet?

Bild 18, Serie "Bun

**SEMINAR (MA AND LIZ)**

## Innocence and Knowledge. Children in 19th and 20th Century Fiction

**Prof. Dr. Virginia Richter**

Montag, 14-16 Uhr

6 ECTS

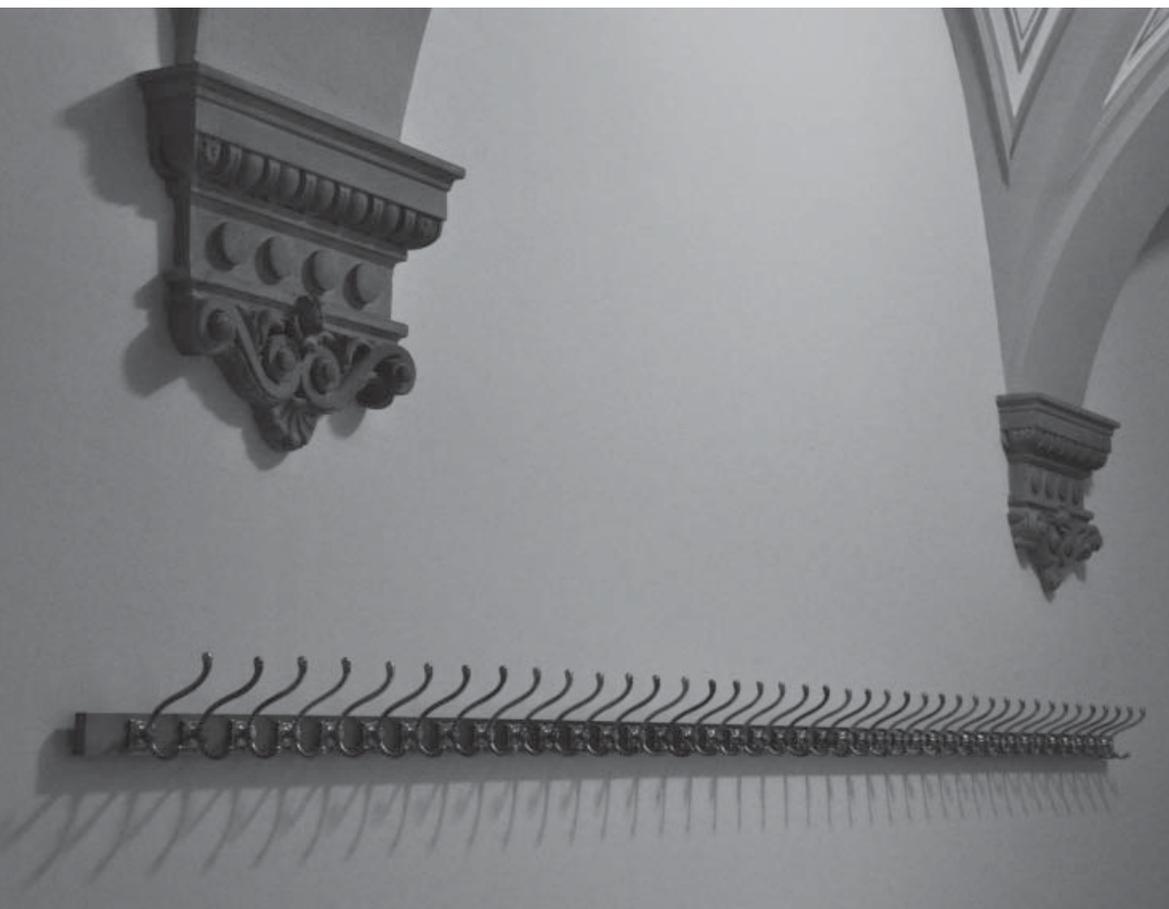
**PROSEMINAR (BA)**

## Coconuts, Desis and Cappuccinos: The South Asian Family in the British Novel

**lic. phil. Melanie Mettler**

Montag, 14-16 Uhr

4 ECTS



deshaus"

#### INSTITUT FÜR ENGLISCHE SPRACHEN UND LITERATUREN

---

##### KURS (BA/MA)

## Women and Space in late Medieval England: Enclosure, Manipulation, Transgression

**N.N. (professor in Medieval Studies)**

Mittwoch, 10-12 Uhr

3/4 ECTS

#### INSTITUT FÜR GERMANISTIK

---

##### SEMINAR (BA/MA/LIZ)

## Singlenöte in der Biedermeierzeit: Individuelle und soziale Bedingungen gelingender Partnersuche (Gotthelf, Sealsfield, Stifter)

**PD. Dr. Christian von Zimmermann**

Donnerstag, 14-16 Uhr

6/9/7 ECTS

SEMINAR

## Soziale Rollen – Rollenidentität über die Lebensspanne

**Prof. Dr. Pasqualina Perrig-Chiello**

Montag, 10-12 Uhr

5/8, 5/7 ECTS

Aktuelle Ansätze der Entwicklungspsychologie konzipieren die Entwicklung sozialer Rollen zunehmend als einen lebenslangen Transformationsprozess. Vor diesem Hintergrund ist dieses Seminar der Entwicklung sozialer Rollen über die Lebensspanne gewidmet. Von zentralem Interesse sind zwei Themen, die sich in einem Spannungsfeld befinden und sich gegenseitig beeinflussen: Die familialen Rollen einerseits und die Geschlechtsrollenidentität andererseits. Das Seminar thematisiert Stabilität und dynamische Veränderung dieser sozialen Rollen über die Lebensspanne und ihre Beziehung zu Wohlbefinden und Gesundheit. Zielsetzung sind die kritische Rezeption und Reflexion verschiedener theoretischer Zugänge und die praktischen Implikationen.

GEOGRAPHISCHES INSTITUT

BLOCKSEMINAR

## Geographien des Älterwerdens

**Dr. Sabin Bieri, Dr. Andrea Kofler**

Termine: 23.02., 02.03., 23.03., 13.04., 27.04., je 14-16 Uhr

Blocktage: 7./8. Mai 2010

3 ECTS

(In Kooperation mit dem IZFG)

Wo und wie leben ältere Menschen in einer hoch individualisierten Gesellschaft? – Wie möchten sie wohnen und mit welchen Mitteln nehmen Sie Einfluss auf Ihre Wohn- und Lebenssituation? Welche Instrumente aus der Politik stehen zur Verfügung, um für möglichst viele Gruppen eine aktive Gestaltung ihres Älterwerdens zu ermöglichen – und wie haben sich diese Instrumente in den letzten 50 Jahren verändert?

Unter Einbindung betroffener Menschen analysieren wir den Handlungsspielraum älter werdender Männer und Frauen mit Blick auf Integration und Partizipation, im Bezug auf soziale und auf Geschlechterdifferenz und hinsichtlich ihrer Definitionen von Lebensqualität. Dabei fragen wir, wie das Selbstverständnis der Älteren an und durch die Orte geprägt ist, an denen sie leben. Der Fokus liegt auf den Unterschieden innerhalb der Gruppe und darauf, wie sich diese Differenzen zu Strukturen verfestigen, die in der Aushandlung von Wohnsituationen bestimmend werden.

Jeder Teilnehmer/jede Teilnehmerin erarbeitet mit Blick auf diese thematische Rahmung eine eigene Forschungsfrage und ein Forschungsdesign, das in einer individuellen empirischen Arbeit umgesetzt wird.



Bild 19, Serie "Bundeshaus"

Alle Veranstaltungen auch unter [www.unifr.ch/gender](http://www.unifr.ch/gender)

BA-VERANSTALTUNGEN

VORLESUNG

## Gender Aspects in Religious Studies: Feministische Bibelexegese

**Dr. Ursula Rapp (Theologische Fakultät, Luzern)**

**Prof. Dr. Luzia Sutter Rehmann (Theologische Fakultät, Basel)**

Mittwoch, 17-19 Uhr

3 ECTS

Die Vorlesung stellt verschiedene Konzepte feministischer Bibelexegese, ihre Entwicklungen, ihre Grenzen und Potenziale vor. Was heisst Geschichtsschreibung, bzw. Arbeiten mit Geschichtsrekonstruktionen in feministisch geschulter Exegese? Welche Fragestellungen bilden einen roten Faden? In welchem Verhältnis stehen jüdisch-feministische und christlich-femi-

nistische Hermeneutiken? Vorgestellt werden außerdem exegetische Einzelstudien und Auslegungen: Welche Informationen haben wir heute? Wie können wir sie fruchtbar machen? Schliesslich soll auch gezeigt werden, wohin der Aufbruch geführt hat. Was ist feministische Bibelexegese heute? Was ist sie nicht mehr und wohin bewegt sie sich zurzeit? Was hat feministische Bibelexegese von den Jewish Studies und dem jüdisch-christlichen Dialog gelernt? Wie haben sich die Gender Studies im Bereich der Judaistik entwickelt?

COURS

## Introduction aux études genre II: Le façonnement des corps sexués

**Dr. Sophie le Garrec, Sociologie, politiques sociales et travail social**

**Dr. Yvonne Droeschel, English Departement**

Mercredi, 13:15-17:00 h (toutes les 2 semaines)

3 ECTS

L'objectif de ce cours est d'appréhender les constructions sociales et linguistiques des catégorisations sexuées. Comment les rôles et les identités sexués sont façonnés? Pourquoi les processus de sexuation, notamment des corps et du langage, sont-ils le plus souvent perçus autrement que sur le mode de l'obligation ou de la contrainte, du social et du construit? Quels sont les enjeux sociaux et linguistiques des manières de voir, de dire et d'agir? Une première partie du cours s'intéressera à l'émergence du "genre" et aux processus de socialisation observés dans nos sociétés à partir de deux champs disciplinaires complémentaires que sont la sociologie et la linguistique. Comment les processus "éducatifs" à travers la famille, l'école, les pratiques communicationnelles, les interac-



Bild 20, Serie "Bundeshaus"

tions et attentes sociales construisent des normes et incorporent des identités différenciées entre les hommes et les femmes?

Dans un second temps, nous illustrerons les enjeux de ces processus de socialisation à travers deux grands thèmes: les rapports au pouvoir (par exemple dans le travail, les médias, etc.) puis les normes et attributs sociologiques-linguistiques liés aux sexualités (les enjeux des catégories homosexuelles et hétérosexuelles, les "queers" et des normes corporelles par/pour le sexe).

KURS

## Gender und soziale Gerechtigkeit

Prof. Dr. Simone Zurbuchen

Montag, 13-15 Uhr  
3 ECTS

Hinter dem modernen Sozialstaat steht eine Vorstellung von Gerechtigkeit, die sich am Ideal der Gleichheit orientiert. Egalitaristische Gerechtigkeitstheorien (wie etwa diejenige von John Rawls) bezeichnen eine Gesellschaft dann als gerecht, wenn sie dafür sorgt, dass alle ihre Mitglieder unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Kultur oder Religion die gleiche Möglichkeit haben, ein gutes Leben zu führen. In jüngerer Zeit wird immer häufiger die Frage gestellt, ob Gleichheit überhaupt als Grundlage von Gerechtigkeit taugt. Dabei kommt dem Problem der Geschlechterdifferenz eine zentrale Rolle zu. So wiesen Feministinnen als erste darauf hin, dass egalitaristische Theorien entgegen ihrem eigenen Anspruch keine "neutrale", sondern eine "geschlechtsblinde" Konzeption von Gerechtigkeit verteidigen. Dies liegt zum einen daran, dass sie von der problematischen moralischen Zweiteilung zwischen einer öffentlichen und einer privaten Sphäre ausgehen, die ihre Wurzeln in der neuzeitlichen Vertragstheorie des Staates hat. Indem die Familie der privaten Sphäre zugeordnet wird, in der Beziehungen durch Verständnis, Zuneigung

und Liebe geregelt sind, ist sie der Beurteilung durch Kriterien der Gerechtigkeit entzogen. Ein weiterer "blinder Fleck" von egalitaristischen Gerechtigkeitstheorien besteht in der fehlenden Reflexion auf die genderspezifische Bewertung von gesellschaftlichen Rollen und Positionen. Indem "männliche" Qualitäten hohe gesellschaftliche Wertschätzung erfahren, werden Frauen auch unter Bedingungen der Chancengleichheit im Bereich der Arbeit systematisch benachteiligt. Die Kritik an Herrschaft, die auf männlicher Definitionsmacht beruht, erstreckt sich jedoch auch auf Staat und Politik. So werden die scheinbar allgemeinen und gender-neutralen Anforderungen, die in der zeitgenössischen Demokratietheorie an den "guten" Staatsbürger gestellt werden, als Medium des Ausschlusses von unterdrückten Gruppen wie Frauen und kulturellen Minderheiten dechiffriert.

Der Kurs bietet eine Anleitung zur kritischen Auseinandersetzung mit Theorien der Gerechtigkeit, die den modernen Sozialstaat legitimieren. Die Grundlage bildet dabei die feministische Reflexion auf das Verhältnis zwischen Gleichheit und Differenz. Der erste Teil behandelt grundlegende Aspekte der Kritik am Ideal der Gleichheit. Der zweite Teil ist an der Frage orientiert, ob eine geschlechter-sensible Theorie der Gerechtigkeit am Ideal der Gleichheit festhalten oder aber als Grundlage für eine "Politik der Differenz" dienen sollte. In diesem Zusammenhang wird auch das problematische Verhältnis zwischen Geschlechterdifferenzen und kulturellen Differenzen zur Sprache kommen.

KURS

## Gender und Sozialstaat: Die Bedeutung unbezahlter Arbeit in industrialisierten Ländern für den "Wohlstand der Nationen"

Dr. Ulrike Knobloch

Donnerstag, 8-10 Uhr  
3 ECTS

Aus Genderperspektive steht der moderne Sozialstaat vor besonderen Herausforderungen, was anhand aktueller Entwicklungen – etwa der Feminisierung der Armut, der Liberalisierung sozialer Dienstleistungen, der Globalisierung der Haushaltsarbeit oder dem Pflegenotstand – deutlich wird. Um diesen Herausforderungen angemessen begegnen zu können, ist es erforderlich, sich mit den unbezahlt geleisteten Tätigkeiten in Haushalt, Betreuung und Pflege auseinanderzusetzen. Der Sozialstaat ist auf diese vielfältigen Leistungen aus dem privaten und informellen Bereich angewiesen. Ohne sie wäre jede Gesellschaft sehr viel ärmer und ein Sozialstaat schlicht nicht funktionsfähig. In diesem Kurs wird daher der Schwerpunkt auf die Bedeutung der unbezahlten Arbeit für den "Wohlstand der Nationen" (Adam Smith) gelegt.

KURS

## Methodologie aus Genderperspektive

Dr. Ulrike Knobloch

Montag, 8-10 Uhr  
3 ECTS

Das Master-Nebenprogramm "Geschlecht, Gesellschaft, Sozialpolitik" ist interdisziplinär angelegt und erfordert daher Kenntnisse der unterschiedlichen theoretischen und methodischen Zugänge. Dabei stellt sich die Frage, ob sich die vorhandenen Theorien und Methoden um die Kategorie Geschlecht erweitern lassen oder genderspezifische Theorien und Methoden zu entwickeln sind. Ziel der Veranstaltung ist es, anhand der Lektüre und Diskussion grundlegender Texte zu Theorien und Methoden der Gender Studies, deren Vielschichtigkeit und Bandbreite kennenzulernen. Das Spektrum der Textlektüre reicht von Maria Mies: "Methodische Postulate zur Frauenforschung" (1978) bis zu Andrea Maihofer: "Von der Frauen- zur Geschlechterforschung" (2003), und von Candace West, Don Zimmermann: "Doing Gender" (1987) bis zu Cornelia Klinger: "Ungleichheit in den Verhältnissen von Klasse, Rasse und Geschlecht" (2003).

## "Gender and Politics – Gendered Politics"

14.-18. Juni 2010 in Bern

Das Netzwerk Gender Studies Schweiz und das Interdisziplinäre Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Bern organisieren vom 14. bis 18. Juni 2010 eine interdisziplinäre Summerschool, mit dem Titel "Gender and Politics – Gendered Politics". Die Veranstaltung, die in englischer Sprache durchgeführt wird, ist international ausgeschrieben und richtet sich hauptsächlich an Studierende (ab MA) und Doktorierende.

I Andrea Ch. Kofler, Katrin Meyer und Brigitte Schnegg\*

Politik beschäftigt die Geschlechterforschung seit ihren Anfängen. Aus ganz unterschiedlichen disziplinären Blickwinkeln haben Forschende untersucht, wie Geschlecht während Jahrhunderten den Zugang zum und den Ausschluss vom Politischen bestimmt hat. Es wurde aufgezeigt, wie die Trennlinien zwischen Öffentlichkeit und Privatheit, Politik und Familie oder Staat und Gesellschaft in der europäischen Tradition – und darüber hinaus – entlang der Geschlechtergrenze gezogen wurde. Die Tatsache, dass Frauen aufgrund ihres Geschlechts von der politischen Teilhabe und der formellen politischen Macht ausgeschlossen wurden, beschäftigte verschiedene Generationen feministischer Forscherinnen. Sie haben gezeigt, dass Staat, Staatsbürgerschaft und Politik – gerade auch in der Schweiz – basierend auf vergeschlechtlichten Vorstellungen von Freiheit und Souveränität konzipiert und in der Folge als männliche Aufgabe und Verpflichtung definiert wurden.

Inzwischen ist die politische Partizipation der Frauen ein völkerrechtlich geschütztes Grundrecht, das weltweit anerkannt wird. Die Gleichstellung der Geschlechter wird diskursiv als unhintergehbare Errungenschaft der Moderne deklariert und mit politischen Instrumenten wie etwa dem Gender Mainstreaming wird versucht, diese Gleichstellung in Politik, Recht und Gesellschaft – oft gegen starke Widerstände – durchzusetzen. Gleichzeitig wird in aktuellen Auseinandersetzungen die Gleichstellung der Geschlechter immer wieder als zivilisatorischer Wert gegen "frauendiskriminierende" fremde, insbesondere muslimische Kulturen ins Feld geführt. Die Demarkationslinien zwischen den Kulturen werden von angeblich traditionellen wie von angeblich modernen Gesellschaften entlang der Geschlechterordnungen, oder zugespitzt ausgedrückt, entlang des Frauenkörpers gezogen: Die Auseinandersetzung um das Kopftuch wird so als Kulturkampf geführt.

In der ersten Summerschool des Netzwerks Gender Studies Schweiz mit dem Thema "Gender and Politics – Gendered Politics" knüpfen die Veranstalterinnen an aktuelle Debatten an. Die internationalen Expertinnen, die das Programm bestreiten, werden die Teil-

nehmenden in die Grundlagen der Thematik einführen und zugleich Raum für eine fundierte und kritische Auseinandersetzung mit verschiedenen Aspekten des Themenfeldes Geschlecht und Politik ermöglichen.

Estelle Ferrarese von der Universität Strasbourg wird aus einer Geschlechterperspektive in das Wechselspiel von Politik, Staat und Demokratie einführen. Joan Tronto von der Universität Minnesota wird sich zum einen mit feministischen politischen Theorien beschäftigen und in einem zweiten Modul eine Vertiefung in den spannenden Themenbereich von "Care and Welfare" anbieten. Die Politikwissenschaftlerin Birgit Sauer von der Universität Wien geht in ihren beiden Modulen zum einen den geschlechts-



Bild 21, Serie "Bundeshaus"

spezifischen Voraussetzungen und Formen politischer Partizipation nach und diskutiert zum anderen "Doing Equality: Opportunities and Pitfalls". Jules Falquet von der Universität Paris Diderot 7 beschäftigt sich mit einem postkolonial geschärften Blick mit "Doing Feminism: local, national and global".

Die Summerschool ist in insgesamt acht thematische Module und zwei Blöcke eingeteilt. In einem ersten Block geht es um "Theories of Politics". Das Verhältnis von Politik und Geschlecht soll in zwei Richtungen beleuchtet werden: In einem ersten Modul setzen sich die Teilnehmenden aus einer geschlechtertheoretischen Perspektive mit grundlegenden politischen Theorien auseinander. Sie analysieren die Entstehungszusammenhänge des politischen Denkens und der Konzepte von Staat, Demokratie und Politik anhand exemplarischer Texte. Im zweiten Modul lernen sie die feministische Kritik an den politischen Theorien und an den herrschenden Machtstrukturen kennen und in ihrem jeweiligen Entstehungskontext zu analysieren.

Damit werden sowohl die politischen Implikationen von sozialen und kulturellen Geschlechterkonzepten als auch die oft verborgenen Geschlechterdimensionen politischer Theorien analytisch erschlossen.

Der zweite, längere Block ist den "Politics and Policies" gewidmet. Hier sollen konkrete Problemfelder und Politikbereiche vertiefend behandelt werden. Es geht

in einem Modul um die Bedeutung von Geschlecht in den politischen Institutionen, in der politischen Partizipation und um geschlechtsspezifisches politisches Verhalten. In einem anderen Modul setzen sich die Teilnehmenden mit der Gleichstellungspolitik auseinander. Sie lernen dieses Politikfeld kennen und werden in die Lage versetzt, darüber kritisch zu reflektieren. In einem weiteren Modul gehen sie der Frage nach, wie feministische Politiken sich lokal, national und global konstituieren. Sie befassen sich mit den Unterschieden der feministischen Politiken in unterschiedlichen Kontexten und lernen diese zu verstehen. In allen diesen Themenschwerpunkten wird nicht nur untersucht, wie die Organisation dieser Politikbereiche das Geschlechterverhältnis bestimmt und von diesem mitbestimmt wird, sondern auch, wie sich andere soziale Differenzkategorien "intersektional" mit Geschlecht verschränken. Schliesslich wird der Blick der Teilnehmenden auf die internationale Dimension von Geschlechterpolitik gelenkt: Anlässlich einer Exkursion an die UNO in Genf unter der Führung anerkannter Völkerrechtler und Völkerrechtlerinnen lernen sie die zentralen Institutionen und Instrumente der UNO-Genderpolitik kennen.

Die Summerschool wird sich überdies mit drei öffentlichen Veranstaltungen – mit zwei Abendvorträgen und einem Roundtable – an ein weiteres akademisches und ausserakademisches Publikum wenden. Am Roundtable nehmen neben Expertinnen der Summerschool auch Vertreter und Vertreterinnen von NGOs und der Politik teil. Im Zentrum dieser Diskussionsrunde wird die Frage nach der Instrumentalisierung des Feminismus durch die Politik stehen; ein Thema, das gerade durch die aktuellen Vorkommnisse eine fokussiertere Betrachtung verlangt.

Zur Teilnahme an der Summerschool eingeladen sind fortgeschrittene Studierende und Doktorierende aus den Gender Studies so wie aus den Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften, die sich für Geschlechterforschung in einem inter- und transdisziplinären Setting interessieren. Während der Summerschool beteiligen sie sich aktiv an den Diskussionen in den Modulen und erhalten Gelegenheit, in Gruppenarbeiten ihre eigenen Forschungsperspektiven einzubringen. Im Zentrum steht jedoch der Austausch mit den Expertinnen und anderen Teilnehmenden.

Alle wichtigen Informationen insbesondere zum Rahmenprogramm stehen Interessierten unter <http://www.gendercampus.ch/d/Studies/09/default.aspx> zur Verfügung; die Homepage wird laufend aktualisiert.

---

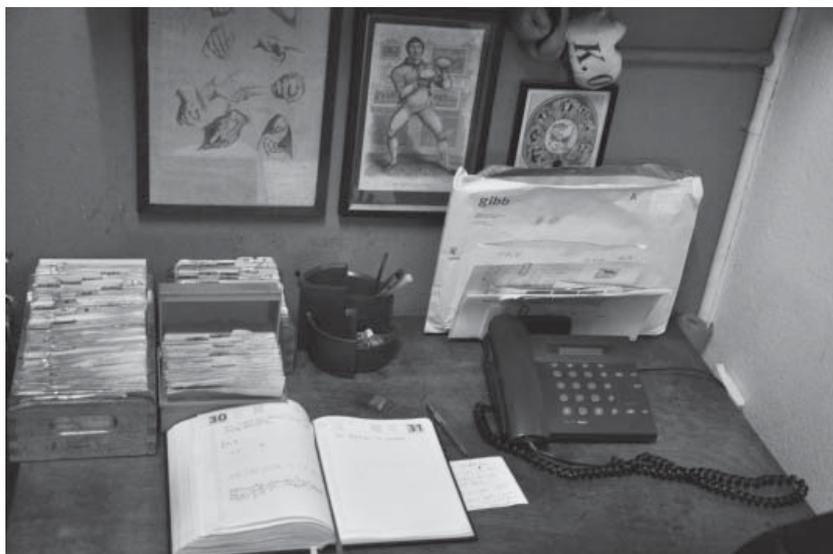
\*Dr. Andrea Ch. Kofler ist Geographin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am IZFG  
Dr. Katrin Meyer ist Philosophin und nationale Koordinatorin der Graduiertenkollegien Gender Studies Schweiz  
Dr. Brigitte Schnegg ist Historikerin und Leiterin des IZFG



Bild 22, Serie "Bundeshaus"

## Höchstmass an Delegationskompetenz

Wessen Arbeitsplatz ist hier abgebildet? Und welche berufliche Tätigkeit wird ausgeübt? Ein Theaterwissenschaftler und eine Historikerin mutmassen...



### Der Theaterwissenschaftler\*

Welch' Paradebeispiel einer radikalen Arbeitsplatzoptimierung! Auch wenn die holzgerahmten Bleistift-etüden an der Wand eher auf eine kunstsinnige Person schliessen lassen, tippe ich auf einen arrivierten Betriebswirtschaftler. Auf dem Schreibtisch befindet sich nur, was mindestens einmal die Woche benötigt wird: Agenda (mit militärisch-straft gehaltenem Lesebändchen), Bleistift und Radiergummi, zudem Marker und Kugelschreiber im Griffbereitschaft garantierenden senkrechten Behältnis. In seiner Überschaubarkeit verkörpert der Arbeitsplatz einen dezidierten Willen zur Konzentration auf Kernaufgaben und eine kompromisslose Outputorientierung. Unter minimalem Mitteleinsatz werden hier maximale Zielsetzungen erreicht! Wurde das Bild vielleicht am Department of Management and Entrepreneurship aufgenommen? Oder am Institut für Organisation und Personal? Die oben rechts sichtbaren Boxhandschuhe – vermutlich eine im Rahmen der Anreiz- und Belohnungsstrukturen des Instituts verliehene Endjahresprämie – sollen den, der hier arbeitet, daran erinnern, dass es stets noch unausgeschöpfte Leistungspotenziale gibt: Und liegst du auch mal am Boden (so die Symbolik), schau zu, dass du binnen zehn Sekunden wieder kampfbereit bist – sonst droht intellektuelle Insolvenz. Die Karteikartenhalter links wiederum verweisen auf ein Höchstmass an Delegationskompetenz, welche auch gerne und oft unter Beweis gestellt wird (entsprechend abgegriffen sind die Karteireiter): Kostenbewusst wird die Kommunikation von Führungsinformationen mit dem Spiralhörerfestnetztelefon vorgenommen. Ein Personal Computer fehlt indes. Den braucht es hier auch gar nicht: Für Dinge, die nicht an einer Sitzung – durch effektives und effizientes decision-making – erledigt werden können, hat Mann schliesslich seinen Blackberry (nicht im Bild, da gerade mit seinem Besitzer unterwegs).

### Die Historikerin\*\*

Ein Arbeitsplatz – oder ein Arbeitsplatzchen: klein, akkurat, ordentlich, ein äusserst traditionelles Ambiente – ohne Palm oder Blackberry, ohne Outlook und Datenbank, statt dessen Papieragenda – eine Seite pro Tag! – und Karteikasten. Hier ist keine Schreibtischtäterin am Werk – kein Platz für überbordende Papierberge und Bücherstapel. Ein Zweitarbeitsplatz? Oder das Büro eines Boxtrainers, wo die Kundenkartei verwaltet und telefonische Trainingsstunden vereinbart werden? Allerdings, ein traditionsbewusster Boxtrainer – oder gar eine Trainerin? An der Wand: Hände, Fäuste, eine grazile Boxerfigur aus dem 19. Jahrhundert und ein Druck mit asiatischen Kampfsportszenen, alles geschmackvoll gerahmt, dazu ein Paar Boxhandschuhe, auffällig klein: Indizien auf eine ironisch gebrochene Leidenschaft fürs Boxen; keine anabolika- und testosteron-gesteuerte Boxbegeisterung, sondern eher intellektuelle und ästhetisch verfeinerte Faszination.

\*Denis Hänni ist Theaterwissenschaftler und war Teilnehmer des Graduiertenkollegs "Gender: Scripts and Prescripts" der Universitäten Bern/Fribourg

\*\*Dr. Brigitte Schnegg ist Historikerin und Leiterin des IZFG

## Der Kampf um gleiche Rechte; Le combat pour les droits égaux

Schweizerischer Verband für Frauenrechte (Hrsg.)

I Fabienne Amlinger\*

Die Schweizerinnen mussten skandalös lange in politischer Unmündigkeit verharren: Erst 1971 wurde das Frauenstimm- und -wahlrecht auf nationaler Ebene eingeführt. Eine zentrale Organisation im Kampf gegen diesen undemokratischen Zustand war der 1909 gegründete Schweizerische Verband für Frauenstimmrecht (SVF). Zu dessen 100. Geburtstag liegt nun der Sammelband "Der Kampf um gleiche Rechte" vor. Die Publikation, herausgegeben vom sich heute "Schweizerischer Verband für Frauenrechte" nennenden SVF, beansprucht, den historischen Kontext des Stimmrechtskampfes zu beleuchten, die verschiedenen Interventionen des SVF aufzuzeigen und dessen politische Positionen kritisch zu analysieren. Vorweggenommen sei: Auf rund 400 Seiten wird dies von über 30 Autorinnen und von zwei Autoren überzeugend erfüllt.

Die Publikation gliedert sich nach dem Geleitwort von Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss in zwei Teile: In einen umfangreicheren, in sechs Kapitel unterteilten und in einen kürzeren, der über 20 Kurzbiographien von Frauenstimmrechtskämpferinnen (und von zwei männlichen Mitstreitern) – die meisten davon Mitglieder des SVF – enthält.

Das erste Kapitel nimmt sich der gesellschaftlichen Stimmung und den Diskussionen zu Geschlechterfragen in der Schweiz anfangs des 20. Jh. an. Dabei wird die gesellschaftliche und juristische Diskriminierung von Frauen thematisiert und dargelegt, wie Frauen und Politik als unvereinbar galten. Der Entstehungsgeschichte und Bedeutung des SVF in der Frauenstimmrechtsdebatte geht das anschließende Kapitel nach. Im dritten Kapitel werden die unterschiedlichen, von den Stimmrechtlerinnen nicht immer einheitlich vertretenen, Strategien vorgestellt, mit denen der SVF über Jahrzehnte sein Ziel zu verwirklichen trachtete. Die Autorinnen erläutern ausserdem die unterschiedlichen Argumentationsansätze. Dabei wird ersichtlich, mit welchen Problemen diese zu kämpfen hatten und wie die Forderung nach politischer Partizipation der Frauen über Jahrzehnte unerfüllt blieb. Verschiedene Etappen des Stimmrechtskampfes – angefangen beim Auftauchen des Frauenstimmrechts auf der nationalen Politikagenda ab 1918, über kantonale Erfolge in den 1950er und 1960er-Jahren, bis zur eidgenössischen Einführung 1971 – werden im vierten Kapitel betrachtet. Hier üben die Autorinnen denn auch Kritik am SVF aus. So monieren sie etwa, dass sich der SVF oft sehr zurückhaltend und vorsichtig verhalten habe: Vehementen politischen Druck zu erzeugen oder gar radikale Aktionsformen anzuwenden, lag ihm fern. Das weitere Engagement des SVF, etwa sein Einsatz für Frauen in staatsbürgerlichen, arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Belangen, sowie seine politischen Allianzen sind im fünften Kapitel dokumentiert. Zwar



Bild 23, Serie "Bundeshaus"

war mit dem Frauenstimmrecht eine wichtige Etappe im Kampf für gleiche Rechte für Männer und Frauen gewonnen, dass der SVF und seine weiterführenden Gleichstellungsbestrebungen aber nicht überflüssig sind, zeigt das Schlusskapitel.

Der Sammelband umfasst – mit klarem Schwerpunkt auf dem SVF – alle wichtigen Aspekte des Kampfes für das Frauenstimmrecht. Die zahlreichen Kurzbiographien von Stimmrechtskämpferinnen liefern nebst eindrucksvollen Lebensgeschichten zusätzliche Informationen zur Stimmrechtsbewegung und geben dem SVF ein persönlicheres Gesicht. Bemerkenswert zeigt sich ausserdem die Auswahl der AutorInnen – darunter etliche renommierte Namen aus der Schweizer Frauenforschung – die für die Publikation gewonnen werden konnten.

Zu bemängeln ist lediglich, dass die Bemühungen um das Frauenstimmrecht in der italienischsprachigen Schweiz einzig in einer Kurzbiographie erwähnt werden. Unerfreulich fällt zudem der im ansonsten überzeugenden Schlusswort unkritische Rückgriff auf biologistische Geschlechterunterschiede auf. Des Weiteren sind kleinere Monita anzufügen: So gestaltet sich der Buchaufbau teilweise chronologisch etwas sprunghaft, die Auswahlkriterien der Kurzbiographien sind nicht ganz nachvollziehbar und einiges der vorangegangenen Kapitel wird in den Portraits wiederholt. Dies mag den positiven Gesamteindruck aber nicht zu beeinträchtigen, denn die LeserInnen erhalten einen thematisch gut gegliederten und umfassenden Einblick in die Geschichte des SVF und in den langen Kampf um das Frauenstimmrecht. Obwohl einiges aus Standardwerken zum Thema bereits bekannt ist, so überzeugt die Publikation nicht zuletzt durch ihren Aufbau mit vielen kürzeren Texten, die immer wieder nachdenklich stimmen bezüglich eines düsteren Kapitels aus der Schweizer Geschichte.

Erstpublikation der Rezension in: Neue Wege. Beiträge zu Religion und Sozialismus, Nr. 1/10, Januar 2010, 104. Jahrgang. Zu bestellen unter [info@neuewege.ch](mailto:info@neuewege.ch) oder unter 044 447 40 48.

### LITERATUR

Schweizerischer Verband für Frauenrechte (Hrsg.) (2009): **Der Kampf um gleiche Rechte; Le combat pour les droits égaux**, Basel.

\*Fabienne Amlinger ist Historikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am IZFG

Doris Wastl-Walter

## Gender Geographien

Franz Steiner 2009  
ISBN 978-3515087834

Geschlecht ist heute als Analysekatgorie auch in der Geographie etabliert. Daher sollen in diesem einführenden Band der Reihe "Sozialgeographie kompakt" die wesentlichen theoretischen Grundlagen, die relevanten Methoden und die wichtigsten Forschungsfelder und Forschungsergebnisse vorgestellt werden. Dabei steht nicht das biologische Geschlecht (Sex) im Zentrum der Überlegungen, sondern Gender, das soziale Geschlecht, das als Kategorie diskursiv und in der alltäglichen Praxis hergestellt wird.

Eine geschlechtsbezogene Geographie widmet sich den raumrelevanten Aspekten von Geschlechterrollen und Geschlechterrelationen, beschreibt und analysiert die Handlungsspielräume und Restriktionen durch die Konstrukte "Weiblichkeit" und "Männlichkeit" und diskutiert Möglichkeiten, diese oft einschränkenden Konzepte zu verändern.

Viele empirische Beispiele geben einen Einblick in die deutschsprachige und internationale Geschlechterforschung in der Geographie.

Claudia Michel

## Rechte fordern: Schweizer Frauenorganisationen zwischen Feminismus und Menschenrechten 1990-2005

eFeF 2009  
ISBN 978-3905561807

Eine Welle der Begeisterung erfasste die Schweizer Frauenbewegung, als Mitte der Neunzigerjahre die vierte Weltkonferenz der Frauen stattfand und wenig später die Frauenkonvention der UNO in der Schweiz ratifiziert wurde. In der Folge gewannen die Menschenrechte für viele Aktivistinnen an Bedeutung. Doch wurden sie zum zentralen Bezugspunkt, wie es in den Kreisen der Geschlechterforschung allenthalben behauptet wird? Die Autorin beschreibt anhand einer breit abgestützten Untersuchung, wie die Menschenrechte der Frauen zwischen 1990 und 2005 in den Fokus der Schweizer Gleichstellungspolitik rückten.

Auflösung von Seite 27:

Das Büro des Boxtrainers: Max Hebeisen, ehemaliger Profiboxer – 43 Kämpfe; 37 Siege, fünf Niederlagen und ein Unentschieden –, ist Leiter des Athletic Box Club Bern (ABCB) an der Kochergasse 4 in Bern.



*u<sup>b</sup>*

---

<sup>b</sup>  
**UNIVERSITÄT  
BERN**

Interdisziplinäres Zentrum  
für Geschlechterforschung  
der Universität Bern  
Hallerstrasse 12  
CH-3012 Bern  
T 0041 31 631 52 28  
[www.izfg.unibe.ch](http://www.izfg.unibe.ch)